Klassenkampf

Organ der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 6 M. Durch die Post monatl. 6 M. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Harz 42-44, Fernruf 1047. Geöffnet 7–5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045, Sprechzeit 12–1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 250 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 100848 Fritz Krob

Einzelpreis 30 Pf. | **Halle, Mittwoch, den 2. März 1921** | **1. Jahrgang · Nr. 51**

Der deutsche Gegenvorschlag: 50 Milliarden

Die deutsche Delegation ist in London eingetroffen. Die erste Sitzung der Konferenz hat stattgefunden. Nun erst erfährt man auf dem Umwege über Paris die Vorschläge, die die deutsche Regierung der Entente macht und die Dr. Simons mündlich vorgetragen hat.

London, 1. März. (Amtlicher deutscher Bericht.) Heute vormittag um 11½ Uhr fand im Lancasterhouse die erste Vollsitzung der Konferenz statt, an welcher außer der deutschen die englische, französische, italienische, belgische und japanische Delegation teilnahmen. Von der deutschen Delegation waren Reichsminister Dr. Simons, die Staatssekretäre Bergmann und Schröder, Ministerialdirektor von Simson und von le Suire und Staatssekretär Lewald anwesend, ferner der Botschafter Sthamer. Lloyd George, der Präsident der Konferenz, eröffnete die Sitzung, indem er vorschlug, zunächst die Reparationsfrage zu besprechen. Reichsminister Dr. Simons willigte ein und legte den Standpunkt der deutschen Regierung zu den Pariser Beschlüssen in der Reparationsfrage dar, die in der vorliegenden Form unmöglich ausführbar seien. Einzelheiten darüber enthalten die beiden Denkschriften, die er der Konferenz überreichte. Reichsminister Dr. Simons gab sodann einen Ueberblick über die deutschen Gegenvorschläge.

Lloyd George bemerkte namens der Alliierten, daß die deutschen Vorschläge nach seiner Meinung auf einer gänzlichen Verkennung der Bedürfnisse der Lage beruhten. Die Alliierten würden aber unter sich beraten und morgen ihre Antwort geben.

Darauf wurde die Sitzung gegen 1 Uhr geschlossen. (WTB.)

Soweit der sehr magere deutsche Bericht, der noch immer nichts vom Gegenvorschlag selbst enthält. Ueber Paris kommt nun folgende Nachricht:

Die Konferenz hörte heute morgen die Darlegungen der deutschen Delegation an, die außerdem den Text der von den deutschen Sachverständigen ausgearbeiteten Gegenvorschläge vorlegte: Dr. Simons bietet die Zahlung von 50 Milliarden Goldmark zum gegenwärtigen Kurse an; hierauf sind, wie die deutsche Delegation behauptet, bereits 20 Milliarden in Form von Rückerstattungen gezahlt worden. Deutschland will den Mehrbetrag, also 30 Milliarden, in dreißig Jahren zahlen, unter der Bedingung, daß eine internationale Anleihe ausgegeben wird, und daß nach fünf Jahren ein Finanzabkommen abgeschlossen wird.

Lloyd George erklärte, daß diese Vorschläge von vollständiger Verkennung der Lage zeugten, und daß, falls der Inhalt der Vorschläge im einzelnen den von Dr. Simons abgegebenen Erklärungen entspreche, die Vorschläge weder eine Prüfung noch eine Erörterung verdienten.

Die Alliierten werden heute nachmittag um 4 Uhr zusammentreten und zweifellos morgen ihre Antwort der deutschen Delegation bekanntgeben.

Lloyd George empfahl den Sachverständigen der Alliierten, die militärischen Sachverständigen und den Marschall Foch miteinbegriffen, in ihren Hotels sich bereitzuhalten, um einer Aufforderung des Vorsitzenden der Konferenz sofort Folge leisten zu können.

Der Zahlungsplan,

den die deutsche Regierung vorschlägt, hat folgenden Wortlaut:

a) Der Jetztwert der von alliierter Seite geforderten 42 Annuitäten beträgt bei der Deutschland angebotenen Rückdiskontierung der Annuiten mit 8 Prozent jährlich etwas über 50 Milliarden Goldmark. Eine ähnliche Ziffer ist auch in Aeußerungen der alliierten Presse wiederholt genannt worden. Auf diese rund 50 Milliarden Mark sind die gesamten bisherigen Leistungen Deutschlands auf Grund des Friedensvertrages, soweit sie auf Reparationskonto gutzuschreiben sind, in Anrechnung zu bringen. Ein geringerer Abzug für die Vorleistungen würde auch Gesamtzahlungen bedingen, welche über das hinausgehen, was als zukünftige deutsche Leistungsfähigkeit verständigerweise erwartet werden kann. Es wäre zweckmäßig, wenn eine besondere gemischte Sachverständigenkommission den genauen Wert der Vorleistungen baldmöglich feststellen würde. Durch den Abzug des Wertes der Vorleistungen von dem oben angegebenen Jetztwert der in den Pariser Beschlüssen geforderten Annuitäten ergibt sich der Gesamtbetrag der von Deutschland noch zu leistenden Zahlungen. Dieser Betrag soll baldmöglichst im Wege internationaler Anleihen beschafft werden. Da es jedoch nicht möglich sein wird, den Gesamtbetrag oder auch nur den größten Teil desselben in nächster Zukunft durch eine einheitliche internationale Anleihe aufzubringen, wird zunächst eine Teilmobilisierung anzustreben sein. Zu diesem Zweck schlägt Deutschland vor eine Anleihe in möglichst großem Umfange, etwa bis zu acht Milliarden Goldmark, auszugeben, welche möglichst auf allen internationalen Finanzplätzen zur Zeichnung gelangt und in allen Emissionsländern von Steuern jeder Art befreit sein soll. Der Zinsfuß der Anleihe soll möglichst niedrig gehalten werden, die Tilgung mit 1—1½ Prozent nach fünf Jahren einsetzen. Deutschland ist bereit, für den Dienst der Anleihe den Anleihegläubigern die nötigen Sicherheiten zu gewähren. Abgesehen von dem Dienst der Anleihe übernimmt Deutschland für die nächsten fünf Jahre die Zahlung einer Annuität von je einer Milliarde Goldmark. Diese Annuitäten werden in erster Linie durch Sachleistungen gedeckt werden. Hierfür soll nach Möglichkeit der freie Verkehr zwischen deutschen Lieferanten und alliierten Beziehern eingeführt werden. Deutschland erklärt ferner erneut seine Bereitwilligkeit, durch Arbeit bei dem Wiederaufbau der zerstörten Gebiete mitzuwirken. Auch diese Leistungen sind auf die Annuitäten zu verrechnen. Der Betrag der deutschen Reparationsschuld, der nicht sogleich durch die internationale Anleihe oder anderweitig gedeckt ist, wird mit 5 Prozent verzinst. Gegen diese Zinsen kommen bis 1. Mai 1926 die obenerwähnten Annuitäten von je einer Milliarde Goldmark in Anrechnung. Der Zinsbetrag, welcher hiernach etwa noch ungedeckt bleibt, wird am 1. Mai 1926 ohne Berechnung von Zinseszinsen der Kapitalschuld zugeschlagen. Die weiteren Abmachungen über die Finanzierung der Restschuld Deutschlands, insbesondere auch über die Tilgung, welche nicht vor dem 1. Mai 1926 beginnen soll, bleiben vorbehalten. Sobald als möglich sollen weitere Teilbeträge im Wege der internationalen Anleihe ausgegeben werden.

b) Es wird angenommen, daß die in den Pariser Beschlüssen vorgesehene 12prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr eine Beteiligung der Alliierten an einer in Zukunft zu erwartenden Besserung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands bezweckt. Der Grundgedanke einer Beteiligung der Alliierten an einer wirtschaftlichen Besserung Deutschlands wird anerkannt. Dieser Gedanke hat jedoch schon dadurch weitgehende Berücksichtigung gefunden, daß die vorstehenden Vorschläge sich nicht auf die jetzige Leistungsfähigkeit Deutschlands gründen, sondern eine vernünftige Einschätzung der Zukunft in Rechnung stellen.

c) Alle noch nicht erfüllten finanziellen und Lieferungsverpflichtungen Deutschlands aus Teil 8 Abschnitt 1 nebst Anlagen und Teil 9 des Vertrages von Versailles sind als abgegolten anzusehen. Das gleiche gilt von der Hergabe des Erlöses für zerstörtes Kriegsgerät (Art. 109) und von der sich aus Teil 10 ergebenden Verpflichtung Deutschlands, die Liquidation und Zurückbehaltung des in den alliierten Ländern befindlichen deutschen Privatvermögens zu dulden. Unberührt bleibt die Verpflichtung Deutschlands zur Restitution aus Artikel 238. Es herrscht Einverständnis darüber, daß die Voraussetzung des Artikels 431 des Vertrages von Versailles als eingetreten gilt, sobald der gesamte zu a) festgesetzte Betrag gezahlt ist. Voraussetzung für die vorstehenden Vorschläge ist

1. daß die Abstimmung in Oberschlesien zugunsten Deutschlands ausfällt und demgemäß Oberschlesien bei Deutschland belassen wird,

2. daß die Hemmungen des Weltwirtschaftsverkehrs beseitigt und das System wirtschaftlicher Freiheit und Gleichberechtigung durchgeführt wird.

Lloyd George wertet also die deutschen Gegenvorschläge so, als ob sie keinerlei Erörterung verdienten, das heißt klipp und klar, sie müssen ohne Debatte abgelehnt werden. Damit würde sich die politische Lage äußerst zuspitzen und man rechnet damit, daß heute schon die deutsche Delegation wieder von London abreist. Es blieb ihr allerdings auch weiter nichts übrig, es sei denn, die Delegation hätte weitere Vorschläge in der Tasche oder sei mit den weitgehendsten Vollmachten ausgerüstet. Das dürfte einer der Gründe mit sein, warum die Gegenvorschläge bisher von der deutschen Regierung so streng geheimgehalten wurden.

Lehnt die Konferenz der Alliierten die Gegenvorschläge ohne Debatte ab — was jetzt bereits entschieden sein wird —, so ist die schwierigste Situation geschaffen. Die nationalistischen Blätter beginnen bereits ihre chauvinistische Hetze und reden davon, als ob die deutsche Delegation umfallen würde und zu Kreuze kriechen würde das sei eine unerträgliche Schmach.

Das deutsche Proletariat muß also auf dem Posten sein, mit es nicht wieder in den nationalistischen Strudel gerissen wird. Man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß der unlösbare Knoten, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges geschaffen haben, kriegerisch durchschlagen werden soll. Die Kriegshetzer sind am Werk. Die Arbeiterschaft muß bereitstehen.

Der Sieg der Orgesch.

Die immer wieder verschobene Entwaffnungsdebatte im Reichstag hat mit einem Sieg der Orgesch geendet. Die Regierung will sich den Trumpf der bayrischen Einwohnerwehren nicht vor der Londoner Konferenz aus der Hand schlagen lassen. Die Deutschnationalen mit den Regierungsparteien und dem Minister des Innern im trauten Verein erklärten heuchlerisch ihr Mißfallen daran, daß diese Dinge überhaupt besprochen werden, solange die Londoner Mogelei noch nicht abgeschlossen ist. Sie lehnten den Antrag der Unabhängigen ab, stellten sich vor die Orgesch und die bayrische Regierung Kahr und deckten so die Phalanx, hinter der sie morgen sich verkriechen werden.

War so das Stichwort für die Bourgeoisie London, so steuerten die Unabhängigen auf dasselbe Ziel. Nur näherten sie sich ihm von der anderen Seite. Ihr Sprecher erklärte, sie möchten die Entwaffnung der bayrischen Einwohnerwehren durchgeführt wissen, damit die Entente-Diplomatie nicht mehr auf diesen spitzen Stein stoße bei den Londoner Beratungen. Die Bourgeoisie denkt, für den Kotau sei morgen noch genügend Zeit.

Der bayrische Bauernführer Dr. Heim, spielte den Biedermann und beklagte, wie sehr die bayrischen Einwohnerwehren verkannt würden. Sie seien sozialdemokratisches Gewächs und Escherich und Kugler seien die ehrlichsten Leute auf der Welt. Escherich hat niemand gesprochen, weder Ehrhardt noch Ludendorff. Er kennt auch niemand, Dr. Heim legt die Hand für ihn ins Feuer.

Er hat soweit recht: der bayrische Löwe ist kein Vieh, das immer frißt, wenn sein Maul offensteht. Und die Sozialdemokraten wollen durch die ganze Debatte, soweit sie sich daran beteiligen, nur vergessen lassen, wie hilflos und untätig ihre Hörsings und Severings der Orgesch in Preußen gegenüberstehen.

Ein Gesetzentwurf über die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes, das am 1. März abgelaufen ist, wurde mitverhandelt.

Genosse Levi erklärte für die Kommunisten, daß diese die Verlängerung des Entwaffnungsgesetzes ablehnen. Die Ausführung des Gesetzes war ein Feldzug gegen die Arbeiterschaft.

Deutschnationale, Regierungsparteien und Sozialdemokraten verlängern das Gesetz.

Die Orgesch hat gesiegt auf dem Boden des Parlaments. Ob sie sich damit begnügen wird?

Das Proletariat muß wachsam sein.

Die Parteipresse zur Situation in der Partei.

Die Parteipresse konnte bisher erst an wenigen Orten Stellung nehmen zu den Beschlüssen des Zentralausschusses und seinen Konsequenzen.

Einem Artikel des „Ruhr-Echo" (Essen) entnehmen wir folgende Absätze: „Heute schon können wir sagen, daß das Geschrei von Rechtssozialisten über einen bevorstehenden „Zusammenbruch der VKPD." bald vor aller Welt als elende Lüge entlarvt sein wird.

Wie wir in unserer einleitenden Bemerkung hervorhoben, ist es ein Zeichen innerer Stärke, wenn eine Partei ihre inneren Gegensätze in aller Offenheit zum Austrag bringt. Die Zentralausschußsitzung hat die Diskussionen, die seit Wochen in der Partei gepflogen werden, zu einem Abschluß gebracht, der von vielen unserer Parteigenossen schmerzvoll empfunden werden wird. Hochverdiente Genossen, deren Verdienste um die kommunistische Bewegung dem Proletariat der ganzen Welt bekannt sind, haben geglaubt, die politische Linie nicht decken zu können, die die Vertretung der Mitgliedschaften als Resultat ihrer Beratungen zog und die bereits aus der Diskussion in der Parteipresse sich als die Meinung der überwiegenden Masse der Parteimitglieder ergab. Mit ihrem Entschluß — aus der Zentrale vorläufig auszuscheiden — befunden diese Genossen ebenfalls die Festigkeit ihrer politischen Ueberzeugung, wie jene anderen, die in voller Erkenntnis der Schwere der Aufgabe die Führung der Partei im jetzigen Augenblick übernehmen. Wir wissen, daß unsere Genossen Levi, Däumig, Zetkin, Brass und Hoffmann so innig mit dem Leben der VKPD. verwachsen sind, daß sie ihr ihre beste Kraft widmen werden — auch dann, wenn sie nicht die Verantwortung für ihre politische Leitung tragen: Ihre Personen werden mit dem Schicksal der Partei verbunden bleiben.

Den Genossen aber, die jetzt in verantwortungsvoller Stunde das Vertrauen des Zentralausschusses nicht zuschanden werden ließen und unter Zurückstellung aller Bedenken die zentrale Leitung der Partei übernahmen, gebührt der Dank und das Vertrauen der Genossen im Lande. Wir werden auch weiterhin sachliche Kritik in unseren Reihen üben, sofort die Situation es erforderlich macht. Aber diese Kritik wird stets getragen sein von dem Verantwortlichkeitsgefühl für das Leben der Partei, ganz wie auch die Diskussionen, die jetzt gepflogen wurden, sich durchweg auf der Höhe strengster Sachlichkeit hielten und niemals auf die Abwege persönlicher Auseinandersetzungen gerieten. Gerade damit wird die VKPD. vor aller Welt erweisen, daß die VKPD. der Kampfbund ist, der durch alle Stürme hindurch den Befreiungsweg des deutschen Proletariats bahnt, daß sie die Schlagkraft und Aktivität besitzt, die sie zur Führung des deutschen Proletariats befähigt."

Die „Rote Fahne des Ostens" in Königsberg i. Pr. meint: „Aus den in den letzten Tagen an dieser Stelle erschienenen Leitartikeln über „Parteifragen" und „Partei und Internationale" werden die Genossen entnommen haben, daß es sich bei den Parteidebatten um eine verschiedene Stellungnahme zu wichtigen Fragen des Aufbaues und der Taktik der Internationale handelt. Es ist bedauerlich, daß ein Teil der Zentrale nicht den Standpunkt des Zentralausschusses teilte. Ebenso müssen wir es verurteilen, daß die fünf Genossen sofort ihre Vertrauensämter niedergelegt haben.

Von einer Parteispaltung ist natürlich trotz einer nicht zu leugnenden Schädigung der Gesamtpartei durch die fünf Ausscheidenden nicht die Rede. Die Partei hat gerade durch den Beschluß des Zentralausschusses bewiesen, daß sie ohne Rücksicht auf persönliche Meinungen eine klare, feste Linie einzuhalten bestrebt ist. Der Jubel der Antikommunisten aller Lager wird also recht bald verstummen. Die Parteidebatten dienen gerade der Klärung und Durchringung zu einer geistigen Einheit der Partei, die die Voraussetzung ist für eine entschlossene, kühne und zielbewußte Führung des revolutionären Kampfes durch die kommunistische Vorhut des Proletariats."

Das „Freie Volk" in Danzig schreibt: „Typisch für alle Parteien ist es, daß sie sich mit einem Wechsel der Personen in der Parteileitung nicht anders abzufinden wissen, als daß sie dahinter schwerwiegendst: Differenzen und bevorstehenden Zusammenbruch der Gesamtpartei suchen. Das ist aber in der Auffassung begründet, die nicht nur bei den bürgerlichen, sondern besonders den beiden sozialistischen Parteien über den Parteiapparat und die führenden Personen herrscht. Diese Parteien können sich einen Parteiapparat nicht anders denken als in rein bureaukratischer Form. Für sie ist der Führer alles, das Parteiprogramm gar nichts. Sie können sich die Parteiführer nur als Bonzen denken, mit deren Fall auch die Partei fällt. Sie halten es für nötig, daß den rein persönlichen Ansichten der Führer sich der Wille der Parteimassen zu beugen hat. Parteidisziplin kennen sie trotz ihres demokratischen Programms nur als Bonzentum.

Die VKPD. als revolutionäre Partei denkt und muß anders denken und handeln. Jedes Bonzentum muß vermieden werden, denn Bonzentum war stets der gefährlichste Feind jeder auf den Kampf eingestellten Massenbewegung. Das haben wir 1914 gesehen und das konnte man auch gelegentlich des Parteitages in Halle und Danzig sehen, auf denen sich die bureaukratischen Führer der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0001

alten USPD. einfach dem klar ausgesprochenen Willen nicht fügen wollten und Parteispaltung betrieben.

Aus diesen Gründen muß innerhalb der VKPD. möglichst oft eine Durchlüftung des Parteiapparates stattfinden, um eben das Bonzentum zu verhindern. Es darf nicht vorkommen, daß auch die geringfügigste Meinungsverschiedenheit zwischen der Masse der Parteimitglieder oder deren Vertretung und einzelnen Führern totgeschwiegen oder nach außen hin unterdrückt wird. In jedem Zweifelsfalle muß durch Neubesetzung der leitenden Stellen dem Willen der Masse Geltung verschafft werden.

So werden wir die teilweise Neubesetzung der Parteileitung ebenso wie die Genossen Levi, Däumig, Zetkin usw. nicht als einen Zusammenbruch der Partei, sondern als eine Notwendigkeit zur Schaffung größerer Klarheit und straffster Disziplin von unten herauf gutheißen müssen."

Die „Bergische Volksstimme" in Remscheid veröffentlicht die Meinung vom Rücktritt der Genossen Levi, Däumig usw. mit wenigen Bemerkungen, wobei sie auf eine ausführliche Stellungnahme verweist. Sie sagt über den Grund des Rücktritts:

„Welche Rückwirkungen diese Vorgänge im Zentralausschuß auf die Partei im Lande haben werden, läßt sich zur Stunde nicht übersehen. Jedenfalls sind hier scharfe prinzipielle Gegensätze in die Erscheinung getreten, die dringend einer Klärung bedürfen. Daß es gerade die Frage der italienischen Parteispaltung ist, welche den Anlaß zu den Meinungsverschiedenheiten gegeben hat, gibt zu denken.

Das eine kann und muß heute betont werden: eine Spaltung wie sie in Italien angewendet wurde, muß und wird in Deutschland dem allerschärfsten Widerspruch begegnen."

Zwischen Sumpf und Pleite.

Steuerbetrug und kein Ende. — Helfferich sein Verteidiger. — Riesige Fehlbeträge im Reichsetat: 125 Milliarden. — 300 Milliarden Schulden. — Neues Anziehen der Steuerschraube in Sicht.

Durch den Reichstag huschten am Dienstag die Schatten der Londoner Konferenz. Der Pleitegeier krächzte bedenklich laut. Und deutlich zeigte sich der Sumpf der kapitalistischen Gesellschaft in Steuerbetrug, raffiniertester Technik zur Verdeckung desselben und bourgeoiser parlamentarischer Unverfrorenheit in der Verteidigung solcher Gaunereien.

Die fortgesetzten Verhandlungen zum Etat des Reichsfinanzministeriums führten zur Entschleierung des Bildes von der finanziellen Zerrüttung Deutschlands. Immer deutlicher zeigt sich die Hoffnungslosigkeit des Zustandes. Zwar hat man Lohn- und Gehaltsempfängern die Daumschrauben des Steuerabzugs angelegt. Aber je mehr die Proletarier zahlen, um so mehr drücken sich die Besitzenden. Strafverfahren werden durch Aktendiebstähle aufs tote Gleis geschoben, wie im Falle des deutschnationalen Abgeordneten Kerkhoff. Am Montag war davon bereits die Rede gewesen. Kerkhoff hat bewiesenermaßen das Siegel an seinem amtlich verschlossenen Geldschrank erbrochen und der Behörde jede Auskunft verweigert über Ausgaben, die den Eindruck gewaltiger Schmiergelder machen. Der mehrfache Aktendiebstahl, sagte der Berichterstatter bescheiden und vorsichtig, sei zwar nicht aufzuklären gewesen, doch sei es Kerkhoff nicht ungelegen gekommen. Und für diesen Patron gab Helfferich namens der deutschnationalen Fraktion eine Ehrenerklärung ab. Der Gipfel deutschnationaler Unverfrorenheit ward allerdings erst erreicht, als Helfferich von den Gegnern seines steuerscheuen Freundes „Loyalität und Geschmack" forderte und ihnen sagte, sie böten ein Schauspiel, das die deutschen Interessen angesichts der Londoner Konferenz schädige. „Sie fallen einem unserer Vertreter in London in den Rücken" rief der Helfferich der Steuerscheuen mit Emphase aus.

Auch von Stinnes war die Rede. Der Abg. Keil konnte feststellen, daß dieses hervorragende Mitglied der Deutschen Volkspartei sich andauernd weigert, seine Steuer-Erklärung zu unterschreiben, was tief blicken läßt. Endlich wurde in das Dunkel der Kapitalsverschiebung ein wenig hineingeleuchtet, an dem die ehrenwerten Hohenzollern beteiligt waren. Dr. Wirth führte aus, von der Angelegenheit des Bankhauses Grußer, Philippsohn u. Ko. seien bisher 10 Fälle durch rechtskräftige Strafbefehle erledigt, im ganzen wurden 595 710 Mk. wegen Kapitalflucht verhängt. Die Summe des einzuziehenden Kapitals beträgt 2,51 Millionen Mark. In einer Anzahl von Fällen schweben noch weitere Verfahren wegen Steuerhinterziehung. In einem Falle, Kaufmann Benno Spiro aus Hamburg, beträgt die hinterzogene Summe nach vorläufigen Schätzungen 6 Millionen Mark. Nach Mitteilung des Generalstaatsanwalts beim Landgericht I Berlin sind die Verfahren gegen die beteiligten Mitglieder des Hauses Hohenzollern noch nicht abgeschlossen.

Merkwürdig genug, daß in die Geldgeschäfte der Hohenzollern so schwer hineinzuleuchten ist. Hat in diesem Falle das Aktenverschwinden noch nicht geklappt? Was nicht ist, kann ja noch werden.

Dem Reichsfinanzminister wurde der Vorwurf gemacht, daß der Etat stark frisiert sei. Man wolle abschreckend wirken, behaupte das Ausland. Diesen Vorwurf wies Dr. Wirth zurück, indem er die riesigen Fehlsummen nannte, mit denen die Regierung rechne.

Der ordentliche Haushalt hat einen Fehlbetrag von 62,3 Milliarden, die Eisenbahn 16,4 Milliarden, Post 2,9 Milliarden, im ganzen 83,6 Milliarden. Der außerordentliche Haushalt für 1921 weist heute bereits einen Fehlbetrag von 42,5 Milliarden auf.

Die gesamte Schuldverpflichtung des deutschen Volkes beläuft sich auf folgende Summen: Fundierte Schuld 85,8 Milliarden, schwebende Schuld 161,54 Milliarden. Dazu Zahlungsverpflichtungen des Reiches 11 Milliarden, Sicherheitsleistungen 7 Milliarden, fundierte Eisenbahnschulden und Restkaufgeld 21 Milliarden, Ersatz für Kriegsaufwendungen der Länder 15 Milliarden, zusammen also 300 Milliarden!

Der Finanzminister kündigte eine Erhöhung sämtlicher Steuermöglichkeiten an. Er trägt sich außerdem mit Plänen einer Regulierung des Lohn- und Gehaltsabzuges, selbstverständlich in der Absicht, mehr herauszuholen. Dem Dr. Wirth drängen die Besitzenden mit ihren Forderungen auf Abbau der Besitzsteuern und hohen Einkommensteuern.

Der Pleitegeier schreit sehr laut. Im Sumpfe bürgerlich-kapitalistischen Deutschland stinkt's. . . .

Putschmeldungen der Reaktion.

Herr Stinnes warnt in der Presse vor einem Rechtsputsch. Herr Escherich schließt sich seiner Warnung an. Selbst hochoffiziöse Zeitungen stellen sich in den Dienst der Alarmierung der Gegenrevolutionäre.

Zwei Zwecke verfolgt damit die Bourgeoisie. Auf der einen Seite will sie in der bevorstehenden Konferenz in London den Eindruck erwecken, als sei die Bevölkerung Deutschlands nur mit Mühe und nur dank der Autorität der gegenwärtigen Regierung Deutschlands von der offenen Rebellion gegen die Entente zurückzuhalten. Andererseits wird durch die Häufung von Putschnachrichten der Konterrevolution die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft verringert. Wenn sie täglich in den Zeitungen lesen, daß die Reaktion losschlagen wird, und solchen Meldungen folgen nicht die entsprechenden Tatsachen, so liegt es nur zu nahe, alle diese Meldungen ohne gründliche Prüfung als Schwindel abzutun. In diesen Fehler darf aber die Arbeiterschaft nicht verfallen. Wenn auch die Reaktion seit dem Kapp-Putsch keinen bewaffneten Vorstoß mehr machte, so rüstet sie doch fieberhaft zum Kampf gegen das deutsche Proletariat. Wenn sie bis heute noch nicht losgeschlagen hat, so nur deshalb, weil ihr der Zeitpunkt oder die Umstände ungünstig erschienen. Die Konterrevolution liegt aber auf der Lauer. Sie wird losschlagen, sobald sie sich des Sieges einigermaßen sicher fühlt. Diesem Kampfwillen der Reaktion gegenüber muß die Arbeiterschaft wachsam sein. Sie muß den Kampfvorbereitungen der Konterrevolution die Vorbereitungen des Proletariats entgegensetzen. Sie darf nicht müde werden, wenn das Bürgertum versucht, sie mit falschen Alarmvorbereitungen zu narren.

Verschärfte Wachsamkeit und Vorbereitung zum Kampf, das ist die Pflicht des Proletariats gegenüber dieser Taktik der Bourgeoisie.

•

Arbeiter, seid auf der Hut!

Gewiß ist die Tendenz mancher Putschmeldungen eine Art Ermattungs- und Abstumpfungsmethode, aber trotzdem ist die Situation doch so ernst, daß die Arbeiterschaft die Augen und Ohren offen halten muß. Das geht u. a. auch daraus hervor, daß trotz großer Massen Arbeitsloser in fast allen Industriebezirken Orgesch- und Reichswehr-Leute als Arbeiteraufseher oder als Wächter in die Betriebe eingestellt werden. So wird aus dem Kreise Solingen gemeldet, daß in dortiger Gegend in letzter Zeit Reichswehr- und Orgeschoffiziere als Arbeiter oder Aufseher eingestellt wurden. Diese bleiben weiter in Verbindung mit ihren Formationen und haben die Aufgabe, zu spitzeln und zu provozieren. In Vohwinkel wurden zwei Offiziere entlarvt, die sogar in der gewerkschaftlichen Organisation und in der Partei schon Eingang gefunden hatten. In Elberfeld ist eine bayrische Abteilung der Orgesch eingetroffen, die auf die Betriebe der Umgegend verteilt wurde. Die Arbeiterschaft hat im eigenen Interesse die Pflicht, auf jeden Obacht zu geben, der in ihre Kreise eintritt. Besonders sind überall die Einstellungen von Auswärtigen zu bekämpfen und die Einstellung der heimischen Arbeitslosen zu fordern. Auch in die Reihen der Arbeitslosen suchen die Orgeschleute schon sich einzuschleichen. So meldete sich kürzlich in Solingen ein Mann arbeitslos, von dem feststeht, daß er noch vor kurzer Zeit in Düsseldorf Leute auf der Straße verhaftete, also als „Sipo" fungierte. Die Arbeiterschaft sei also gewarnt!

Der deutsche Spitzelsumpf.

Im Essener Kommunistenprozeß wurde abermals einer der Hauptbelastungszeugen, Ingenieur Jung, als Spion entlarvt. Er gab zu, einer Partei anzugehören, die mit Kapp sympathisiert, und die Beobachtungen seiner freiwilligen Spitzeldienste während der Kappkämpfe militärischen Stellen in Münster mitgeteilt zu haben.

Zusammenkunft süddeutscher Minister.

Amtlich wird mitgeteilt: Heute traten die Minister von Bayern, Baden, Hessen und Württemberg in Stuttgart zusammen, um über die schwebenden politischen Fragen zu beraten.

Angebrachter Protest.

Die Belegschaft der Flensburger Werft hat gestern früh den Stapellauf eines 12 000-Tonnen-Dampfers von Stinnes mit über ⅔ Majorität verhindert, weil er auf den Namen des Kriegshetzers Tirpitz getauft werden sollte.

Ein „revolutionärer Anfall" Lipinskis.

Herr Lipinski, der sächsische Minister des Innern, versucht dann und wann einmal revolutionären Schaum zu schlagen, um die Handlangerdienste, die er sonst für die Bourgeoisie leistet, darunter zu verbergen. So meldet jetzt die „VZ.", daß der Herr Minister sämtlichen Beamten den Beitritt zur Orgesch verboten hat. Nur fragt sich, ob die Beamten, die mit Orgesch-Gesinnung behaftet sind, Herrn Lipinski ihre Mitgliedskarte der Orgesch vor die Nase halten.

Es ist doch etwas Erhebendes um die „Taten" einer reinsozialistischen Regierung.

Die Kommunisten fordern Sozialfürsorge.

Die kommunistische Fraktion hat im sächsischen Landtage folgende Anträge eingebracht: 1. Die Regierung wird ersucht, als Maßnahme zur Behebung des Kinderelends die unentgeltliche Schulspeisung für alle Kinder sofort durchzuführen. 2. Die Regierung möge sofort Mittel bereitstellen, um den Erziehungsberechtigten (Eltern oder Pfleger) der zu Ostern zur Entlassung kommenden Schüler und Schülerinnen eine Beihilfe für die Kosten der Ausstattung mit Kleidern und Wäsche zu gewähren. An Stelle der Geldbeihilfen kann die kostenlose Lieferung der Kleider und Wäsche treten. Die Beihilfe ist allen denen Erziehungsberechtigten zu gewähren, deren Einkommen das Existenzminimum nicht erreicht. Dies ist einzusetzen bei Familien mit einem Kind auf 15 000 Mk., mit zwei Kindern auf 17 000 Mk. und mit drei Kindern auf 20 000 Mk.

Der Soldatenschinder Hiller.

WTB. meldet: „Die Hauptverhandlung gegen den Oberleutnant Hiller wird am 14. März vor dem Schwurgericht stattfinden. Es werden über 100 Zeugen geladen werden. Wie der „Vorwärts" mitteilt, hat sich bei dem Blatt ein neuer Belastungszeuge gemeldet, der angeblich auch von Hiller mißhandelt worden sein will und behauptet, daß die größte Schuld am Tode des Füsiliers Helmhake der damalige Revierarzt trage, weil er den sich krank meldenden Helmhake hinausgeworfen habe. Schließlich behauptet der Zeuge, er habe sich bereits zweimal bei dem Militärgericht als Zeuge angeboten, sei aber ohne Antwort geblieben."

Wir sind nicht mehr darüber im Zweifel, daß der Oberleutnant „seinen" Richter, der zu Tode gemarterte Helmhake seinen Richter nicht finden wird.

Die „kommunistischen Brudermörder".

Es ist dies kein Witz. Es ist nicht einmal eine neue bolschewistische Kragenmode als Gegenstück zu den „Vatermördern". Es ist wirklich wahr, es gibt Kommunisten, die ihre leiblichen Brüder ermorden wollen, und die, was noch fürchterlicher ist, dabei kein Restchen von Gewissen zeigen.

Der „Vorwärts" hat das alles entdeckt. Er, der so voll reiner Menschlichkeit und alles umfassener Liebe ist, kann sich bei solchen Greueln gar nicht fassen. Und er jammert:

> Verderblich ist's, den Kapp zu wecken,
> Und schrecklich ist der Orgesch Zahn,
> Doch ist das Schrecklichste der Schrecken
> Der Kommunist in seinem Wahn.

Er kann sich nicht fassen ob des verdeblichen Einflusses, den der Kommunismus auf den Menschen und was besonders schrecklich ist, auf seine Seele ausübt. Denn eine fürchterliche Mär hat er gehört. Ein Kommunist habe erklärt, er scheue davor nicht zurück, seinen eigenen Bruder zu töten, wenn es die Partei fordert. Wilhelm II. ist übertroffen, ruft der „Vorwärts". Das ist die Folge der Verhetzung durch die kommunistische Presse, stellt er in seiner sittlichen Entrüstung fest.

Wir teilen vollkommen den moralischen Zorn des „Vorwärts". Doch wir können es nicht glauben, daß so fürchterliche Dinge in dieser Welt geschehen. Sind am Ende nicht die „Vorwärts"-Redakteure die unschuldigen oder auch schuldigen Opfer der Kommunistenhaß ihrer eigenen Leute geworden? Ist die ganze Geschichte von den „Folgen der kommunistischen Hetze" nicht selbst eine Folge der menschewistischen Hetze? Am Ende ist die ganze schreckliche Erzählung selbst eine Hetze gegen die Kommunisten.

Der Essener Mordprozeß nach den Wahlen.

Die bei Beginn des Prozesses geäußerten Bedenken über die völlig ungenügende Vorbereitung und die weiter zum Ausdruck gebrachten Bedenken über die Wahlmache haben sich als gerechtfertigt erwiesen. Nachdem durch die Zeugenaussagen eine erdrückende Fülle von Beweisen dafür gebracht worden ist, daß durch die Wasserturmbesatzung nach dem Hissen der weißen Fahne der Kampf erneut wieder aufgenommen ist, geht das Richterkollegium dazu über nach dem Adreßbuch die Bewohner der um den Turm herumliegenden Häuser zu laden. Das ist zwar ein Skandal und nach der Strafprozeßordnung unzulässig. Das stört aber unsere preußische Justiz nicht und in wenigen Minuten lehnte sie einen Antrag der Verteidiger ab, die Verhandlungen auszusetzen und die Angeklagten vorläufig aus der Haft zu entlassen, da bisher noch nichts Belastendes aus dem schon zehn Tage dauernden Prozeß herausgekommen ist.

Daß man diesen Sensation machenden Prozeß aber unbedingt vor den Wahlen brauchte, beweist unter anderem auch ein vor den Wahlen abgelehnter und jetzt durchgeführter Gerichtsbeschluß, der als wahr unterstellt, daß die Angeklagten das Bewußtsein gehabt haben, zum Schutze der Reichsverfassung gegen Kapp in den Kampf gezogen zu sein, um den Wasserturm zu erobern. Diesen Beschluß mußte das Gericht herbeiführen, weil es ihm sonst unmöglich gewesen wäre, die von der Verteidigung beantragten Zeugenvernehmungen in dieser Sache abzulehnen. Schade, denn dabei wäre nicht nur der großindustrielle Scharfmacher Stinnes des versuchten Landesverrates, sondern auch eine lange Reihe hoher Militärs und immer noch in Amt und Würden befindlicher Ordnungsstützen des vollzogenen Landes- und Hochverrats überführt worden.

Die Knüppel-Kunze-Partei.

Der bekannte deutschvölkische Prügel-Politiker Richard Kunze in Berlin-Friedenau hat eine neue Partei gegründet, die sich „Deutschsoziale" nennt und deren Vorsitzender Knüppel-Kunze selber ist. Als ihre wichtigsten Ziele hat die neue Partei aufgestellt:

1. Vernichtung der jüdischen Vorherrschaft in Deutschland.
2. Versöhnung der deutschen arbeitenden Bevölkerungsschichten durch eine „wahrhaft" soziale Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik.

Inzwischen knüppeln antisemitische Raufbolde, geschmückt mit dem Hakenkreuz, jüdische und auch andere Straßenpassanten nieder, die nicht mit den Prügelknaben und ihrem Tun einverstanden sind.

Die unnumerierte Internationale.

Wien, den 27. Februar 1921.

Grimm (Schweiz) protestierte gegen den unzivilisierten Ton der Kommunistischen Internationale gegenüber der Wiener Konferenz. Ledebour hielt das Referat über den internationalen Kampf gegen die Reaktion. Er konstatierte ein Abflauen der revolutionären Welle; er grüßte Debs in seinem amerikanischen Gefängnis.

Die Rede Ledebours war unter aller Kritik. Selbst Delegierte waren äußerst enttäuscht. Mistral erstattete Bericht über die Arbeiten der Kommission in der Frage des Imperialismus und sozialen Revolution. Die Kommission faßte eine Resolution in der Frage der Wiedergutmachung und beschloß, am 13. März eine Demonstration für die Revision des Versailler Friedens zu veranstalten.

Becker sprach über Palästina und griff die Orientpolitik der Bolschewiki an. Hilferding hielt die gleiche Rede, die Simons in London halten wird. Er wandte sich natürlich gegen die Taktik der deutschen Kommunisten, gab aber gar keine neue Losung für die 2½ Internationale.

Brade erklärte, daß die Wirtschaftslage Frankreichs auch traurig sei. Hudson sprach im Namen der J. L. P. über die Reparationsfrage. Kunfi schilderte den Weißen Terror in Ungarn und forderte die anwesenden Vertreter zur Solidarität mit dem ungarischen Proletariat auf.

Der letzte Tag der Verhandlungen war sehr bewegt, da nationalistische Gegensätze unter den Deelgierten scharf zum Ausdruck kamen. Auch in der Frage Georgien gab es großen Streit. Adler führte sichtlich nervös die Verhandlungen und brüskierte auf unerhörte Weise die linken Sozialrevolutionäre. Walhead berichtete über Arbeiten der Kommission und sagt, daß betreffend die Fragen der Landesverteidigung die ursprünglichen Thesen geändert wurden. Um seine Prinzipienlosigkeit in dieser Frage zu verdecken, spricht er von der Verteidigung der Pariser Kommune, sagt aber nicht, ob nach seiner Auffassung die proletarische Diktatur sich verteidigen darf. Lapteschewitz (Serbien) spricht für die Landesverteidigung Georgiens und greift die Orientpolitik der Sowjetmacht scharf an. Bauer sagt, Oesterreichs Proletariat hätte die Macht wohl ergreifen können angesichts der Schwäche der österreichischen Burgeoisie, aber es war nicht daran zu denken wegen der Macht der Entente. Longuet, Sozialist von Geburt, und Enkel von Karl Marx aus Ueberzeugung, beschreibt das Elend der verwüsteten Gebiete Frankreichs und erklärt, daß sein Vaterland am meisten durch den Krieg gelitten habe. Er schildert dann die Begeisterung unter der arbeitenden Bevölkerung der verwüsteten Gebiete, als er über Liebknecht sprach. Renaudel, dessen Nationalismus durch die Rede Adlers aufgestachelt wurde, erklärt, daß es verschiedene Arten von Imperialismus gebe. Frankreich, erklärte der Redner wörtlich, wolle keine Annexionen, und Frankreich sei wegen seiner Vergangenheit auch nicht reaktionär. Die Rede Renaudels wurde in deutscher Sprache falsch und absichtlich abgeschwächt übersetzt. Die Pressevertreter der auf der Konferenz anwesenden Parteien treten zur Beratung am Schluß der Sitzung zusammen, um über die Berichterstattung der Rede Renaudels zu verhandeln.

Darauf kommt das Lieblingsland der Menschewiki, Georgien, wieder zur Tagesordnung. Die Resolution der Kommission wird zur Kenntnis genommen. Dagegen protestieren Renaudel, Brade, Agent Grigrovits, Martow und Abramowitsch; sie verlangen, daß die Resolution als Manifest angenommen werden soll.

Bronski, der russische Sowjetvertreter, wurde von der Kommission, die über Georgien beriet, schriftlich eingeladen, Auskunft über Georgien zu geben. Als Sowjetvertreter, der jedem, welcher Informationen über Rußland will, solche zu geben hat, ging Bronski zu den Beratungen dieser Kommission.

Der große Pariser Kommunistenprozeß.

Aus Paris wird gemeldet: Am 28. Februar nimmt der Prozeß vor dem Pariser Gerichtshof gegen die seit zehn Monaten in Haft befindlichen kommunistischen „Verschwörer" seinen Anfang. Unter den Angeklagten befinden sich Loriot, Monatte und Souvarine, die Sekretäre des französischen Komitees der 3. Internationale. In Loriot will man den geistigen Führer der französischen Arbeiterbewegung, in Monatte will man den angesehensten revolutionären Gewerkschafter des Landes und in Souvarine den Herausgeber des „Bulletin Communiste" treffen. Der ebenfalls angeklagte Monmousseau ist der Vorkämpfer der revolutionären Richtung unter den Eisenbahnern. Neben diesen führenden Persönlichkeiten sind noch einige andere Kommunisten und Anarchisten angeklagt. Der Prozeß wird sicherlich zur Revolutionierung des französischen Proletariats und zur Demaskierung der heuchlerischen Bourgeoisie und ihrer feigen Justiz erheblich beitragen. Unter den Zeugen, die von der Verteidigung geladen sind, befinden sich auch Anatole France, Romain Rolland und Henri Barbusse.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0002

Französisch-polnische Angriffspläne gegen Sowjet-Rußland.

Es häufen sich die Anzeichen dafür, daß die französische Bourgeoisie und der französische Militarismus ernsthaft mit einem neuen Vorstoß gegen Sowjet-Rußland rechnen. Den äußeren Vorwand für die beabsichtigten Aktionen der internationalen Gegenrevolution bieten angebliche militärische Rüstungen und Vorbereitungen Sowjet-Rußlands. Die französischen Militärkreise haben allerhand von der bolschewistischen Gefahr. Sie behaupten, daß Rußland seinerseits einen Vorstoß gegen Polen plane, und in diesem Falle würde Frankreich die Polen unterstützen. In ähnlicher Weise hat kürzlich der bekannte französische General Mangin in Bukarest erklärt, daß auch Rumänien im Falle eines russischen Angriffs auf die Hilfe Frankreichs und Englands rechnen könne. Die französische reaktionäre Presse spricht ganz offen von der kommenden Militärkonvention zwischen Frankreich, Polen, der Tschecho-Slowakei und Rumänien. Frankreich habe zwar nicht die Absicht, Soldaten in den Osten zu schicken, aber es würde seine Verbündeten mit Geld, Kriegsmaterial und Lebensmitteln unterstützen. In diesem Zusammenhang ist eine Wiener Meldung interessant, wonach Frankreich fordert, daß Oesterreich das Kriegsmaterial, das es auf Grund des Friedensvertrages der Entente zu überliefern hat, an Polen abtritt. Auch sonst sucht Polen auf jede Weise seine Rüstungen zu verstärken. So ist erst kürzlich die Polizei an der polnisch-pommerschen Grenze einer Schiebergesellschaft auf die Spur gekommen, die gewaltige Mengen von Waffen und Ausrüstungsgegenständen über die polnische Grenze zu schmuggeln suchte.

Gegenüber diesen dunkeln Intrigen des Ententekapitals, das die Polen, Rumänen, Tschecho-Slowaken und die Ungarn Horthys als Werkzeuge verwenden will, muß das deutsche Proletariat um so wachsamer und entschlossener sein. Denn auch die deutschen Gegenrevolutionäre, soviel sie von ihrer Feindschaft gegen die Entente sprechen, wären jeden Augenblick bereit, egen ein angemessenes Trinkgeld sich in die gegenrevolutionäre Wellfront zum Kampf gegen Sowjet-Rußland einzuordnen. Auch die Putschpläne, die zurzeit die deutsche militaristische Reaktion hegt, gehören in den Zusammenhang des großen Weltaufmarsches des Kapitals gegen die Arbeiter. Nur wenn das deutsche Proletariat die größte Aufmerksamkeit, die größte Kaltblütigkeit und die größte Entschlossenheit zeigt, wird es seine Pflicht im Rahmen der Weltrevolution wirklich erfüllen können.

Vor einer Mobilmachung in Frankreich.

Die Agentur Radio meldet: Man bestätigt als eine bereits feststehende Tatsache, daß die Klasse 19 entgegen den Hoffnungen der zu entlassenden jungen Soldaten die Kasernen nicht verlassen wird. Man faßt die Mobilisierung der Klasse 18 als möglich und notwendig ins Auge. Man geht noch weiter: es ist die Rede davon, fünf Klassen unter die Waffen zu rufen.

Vor dem polnischen Generalstreik.

Nach einem Privattelegramm der „Roten Fahne" greift der Generalstreik in Polen trotz aller Schikanen der reaktionären Regierung immer weiter um sich. Gestern sind in Warschau die Straßenbahner gleichfalls in den Streik getreten; ebenso die Beleuchtungen der Gasanstalten und Elektrizitätswerke. Warschau ist ohne Licht; Zeitungen können nicht erscheinen. Nur wenige Züge mit militärischer Besetzung verkehren. Man erwartet für den 1. März die Proklamierung des Generalstreiks in ganz Polen.

Neue Siege der Kommunisten in Italien.

Die Abstimmungen in den proletarischen Organisationen vor dem Gewerkschaftskongreß von Livorno brachten den Kommunisten neue Siege. In Alorena erhielten die Kommunisten 20 656, die Sozialreformisten 15 862 Stimmen. In Alessandrien wurden für die Kommunisten 5205, für die Sozialreformisten 2968 Stimmen abgegeben.

Aus Horthy-Ungarn.

Mildernde Umstände.

Unter der Stichmarke „Mildernde Umstände" bringt der „Vorwärts", bezeichnenderweise unter der Rubrik „Aus aller Welt", folgende ergreifende Tatsachen:

Der Fünfersenat des Satoraljaujhelyer Gerichtshofes (Ungarn) verurteilte den Postorberbeamten Alfred Gerö wegen Aufwiegelung, Gewalttätigkeit gegen die Behörden, Verletzung des Amtsgeheimnisses, Mißbrauchs der Amtsgewalt und Amtsunterschlagung zu 12 Jahren Zuchthaus. Bei der Bemessung des Urteils wurde als mildernder Umstand angerechnet, „daß Gerö im Laufe des Strafverfahrens zum Krüppel wurde".

Es ist wohl überflüssig, zu erwähnen, daß das Verbrechen Geröes einzig und allein darin bestand, daß er zur Zeit der Räteregierung das Postamt in Satoraljaujhelyn, an dessen Spitze er auch bisher gestanden hatte, in gewissenhafter Weise weiterleitete, wie viele Leiter der staatlichen Aemter. Gerö, ein 50jähriger, kranker Mann wurde nach seiner Verhaftung durch Offiziere in der schändlichsten Weise gefoltert. Man entkleidete ihn vollständig und die Offiziere tanzten mit Sporen auf dem Körper des kranken Mannes. Fast sämtliche Knochen Gerös wurden gebrochen, so daß er nicht aufrecht stehen kann. Dieser Umstand veranlaßte den Gerichtshof zur „Milde", die sich in einer zwölfjährigen Zuchthausstrafe kundgab. Aus ähnlichen Gründen wurde vor kurzem der Lokomotivführer Glatter durch Horthy begnadigt. Der Gerichtshof hatte Glatter wegen Verbreitung kommunistischer Schriften zum Tode durch den Strang verurteilt. Während der Untersuchung wurde er in der fürchterlichsten Weise gefoltert und sodann durch das Fenster des Gerichtsgebäudes hinausgeschleudert. Er kam wohl mit dem Leben davon, doch erlitt er so schwere innere und äußere Verletzungen, daß er weder gehen noch stehen kann. Horthy nahm diesen „Unfall" als „mildernden Umstand" an und verwandelte die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe. Das nennt man in Ungarn „Begnadigung", „mildernde Umstände", „Konsolidierung" und „Rechtszustand".

Gewerkschaftliches.

Glaser, die auf dem Boden der 3. Internationale stehen. Freitag, den 4. März, 7½ Uhr, Gewerkschaftshaus. Parteibuch legitimiert.

Ausstand der Weßlarer Metallarbeiter.

Der Ausstand droht sich zu verschärfen, weil die Unternehmervertreter den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers, der bekanntlich weniger als die Hälfte der ursprünglichen Arbeiterforderungen bewilligte, abgelehnt haben. Die Weßlarer Arbeiterschaft ist entschlossen, den Kampf weiterzuführen. Mehrere Hochöfen sind bereits erloschen. Die „Süddeutsche Arbeiterzeitung" hat die mehr als 10 000 ausgesperrten Arbeiter aufgefordert, die Erzwingung des Schiedsspruches des Reichsarbeitsministers durch Besetzung der Betriebe und Weiterführung unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften herbeizuführen.

Der Leverkusener Streik abgebrochen!

Auf Grund eines Schiedsspruches ist gestern der Streik der Arbeiter in den Leverkusener Farbwerken abgebrochen worden. Die noch bestehenden Differenzpunkte einzelner Arbeitergruppen sollen durch Unterhandlungen der Streikleitung beigelegt werden.

Der Remscheider Streik beendet.

Am Sonnabend haben nun auch die Remscheider Straßenbahner die Arbeit wieder aufgenommen, so daß nun alle Straßenbahnen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet wieder voll in Betrieb sind.

Der Hausknecht Paeplows.

In Düsseldorf sollte auf Beschluß der letzten Mitgliederversammlung der Ortsgruppe des Bauarbeiterverbandes ein Hauptvorstandsmitglied und einer der drei vom Hauptvorstand ausgeschlossenen Genossen Bachmann, Brandler oder Heckert zur nächsten Mitgliederversammlung erscheinen. Am Sonntag fand die Versammlung statt. Töpfer vom Hauptvorstand und Genosse Bachmann von den Ausgeschlossenen waren erschienen. Bei Eröffnung der Versammlung verlangte Töpfer, daß das Nichtmitglied Bachmann den Saal verlasse. Der einsetzende Entrüstungssturm hat jedenfalls den Herrschaften vom Hauptvorstand gezeigt, daß die Düsseldorfer Bauarbeiter nicht mit sich spaßen lassen, und als dann der Vorsitzende auf Töpfers Anweisung die Versammlung schloß, weil sie sich für Bachmanns Bleiben gegen nur wenige Stimmen entschieden hatte, da wollte der Entrüstungssturm kein Ende nehmen.

Brutal und feig — das ist die Taktik der Gewerkschaftsspalter und der Hausknechte Paeplows!

Uebrigens hat Töpfer die Düsseldorfer Bauarbeiter angelogen, indem er erklärte, Bachmann habe auch in Chemnitz auf Veranlassung der Chemnitzer Kollegen der dortigen Generalversammlung nicht beiwohnen dürfen. In Chemnitz lagen die Dinge so — und das wußte Töpfer —, daß Bachmann aus taktischen Gründen die Chemnitzer Generalversammlung verließ damit der Verbandsvorstand nicht behaupten konnte, Bachmann habe die Generalversammlung beeinflußt. Das ist also etwas anderes, als wie es Töpfer in Düsseldorf darzustellen beliebte. Denn seine Darstellung mußte auf Uneingeweihte den Eindruck machen, als sei Bachmann von seinen Chemnitzern Kollegen fallengelassen worden.

Internationaler Transportarbeiter-Kongreß.

Am 18. April beginnt in Genf der internationale Transportarbeiter-Kongreß, zu dem 250 bis 300 Delegierte aus allen Ländern erwartet werden. Der schweizerische Eisenbahnerverband hat vorläufig sechs Delegierte gewählt.

Vor dem Generalstreik der mexikanischen Eisenbahner.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist im ganzen Lande mit dem Ausbruch des Eisenbahnerstreiks zu rechnen. Die mexikanische Eisenbahnerbewegung gehört in den Zusammenhang der großen revolutionären Strömung, von der zurzeit das Proletariat Mexikos erfaßt ist.

Metallarbeiter-Reichskonferenz.

In allen Teilen des Reichs sammeln sich die Metallarbeiter gegen die verderbliche Politik der Dißmänner. Von Tag zu Tag wird die Front der Metallarbeiter größer, die entschlossen sind, dem Zerstörungswerk der Dißmänner Einhalt zu gebieten, die feste Geschlossenheit des Metallarbeiterverbandes zu wahren und seinen revolutionären Ausbau zu beginnen. Ausdruck dieses Willens, den DMV. revolutionär zu erobern und auszubauen, war die Reichskonferenz der kommunistischen und der mit ihnen sympathisierenden Metallarbeiter, die am Montag in den Andreas-Festsälen (Berlin) tagte. 231 Delegierte aus 150 Orten waren gekommen, daneben eine Anzahl von Gästen. Der Hauptvorstand hat trotz Einladung keinen Vertreter entsandt. Bemerkenswert ist, daß sich unter 231 Delegierten 34 als offizielle Vertreter von ebensoviel Ortsverwaltungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes befinden.

Die Konferenz wird um 10 Uhr von Ziese (Berlin) mit einigen Begrüßungsworten eröffnet. In das Bureau wurden gewählt Ziese (Berlin) und Roth (Eßlingen). Freitag und Lunkwitz, Kollegin Kasper (Berlin) und Kunze (Remscheid). Die Tagesordnung der Konferenz lautet: 1. Aufgaben der Gewerkschaften in der sozialen Revolution, Referent R. Müller; 2. Aussprache über Mittel zur Wahrung der Einheit des Verbandes, Referent Rusch; 3. Stellungnahme zur Beschickung des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Moskau; 4. Verschiedenes.

Genosse Müller hielt ein großangelegtes Referat über die Aufgaben der Gewerkschaften in der sozialen Revolution. Der Kampf um die Gewerkschaften ist der Kampf um die Revolution. Die Kämpfe, die jetzt über Deutschland gehen, bleiben ungenügend und brechen in der Isolierung zusammen, weil die Gewerkschaftsbureaukratie die breitere Kampfgrundlage sabotiert. Durch die kampfscheue Haltung der Gewerkschaftsbureaukratie ist die Bewegung: Heraus aus den Gewerkschaften! entstanden. Wir Kommunisten erklären, daß die Gründung von Unionen und Betriebsorganisationen ein schwerer Fehler war. Die Klassengenossen aus den Unionen und Betriebsorganisationen müssen in kameradschaftlichem Geist wieder in die Gewerkschaften zurückgebracht werden. Die Frage lautet: Warum folgen noch Millionen der verräterischen Gewerkschaftsdemokratie? Hiermit im Zusammenhang steht die Frage: Wie stürzen wir den Kapitalismus, wie errichten wir den Kommunismus? Wir Kommunisten sagen, daß wir uns in der Periode der proletarischen Revolution befinden. Die Gewerkschaftsbureaukratie verneint dies. Hier liegt der grundsätzliche Unterschied. Daraus ergibt sich die verschiedene Auffassung über die Einstellung der Gewerkschaften. Wir sagen den Massen, daß die entscheidenden Kämpfe aufgenommen und die Gewerkschaften hierfür eingestellt werden müssen. Die Gewerkschaftsbureaukratie ist entschlossen, diese notwendigen Aktionen allüberall zu sabotieren. Redner schildert die wirtschaftliche Situation nach dem Kriege, behandelt besonders die Rolle Deutschlands als Schmutzkonkurrenz auf dem Weltmarkt. Trotzdem zerfällt die deutsche Wirtschaft, geht die Produktion in der Industrie und in der Landwirtschaft weiter rapid zurück. Die Krise geht über die ganze Welt. Der Finanzsumpf, der Steuerraubzug gegen das werktätige Volk werden immer größer. In dieser Situation, die das Proletariat mit dem Tode bedroht, sabotiert die Gewerkschaftsbureaukratie alle Kampfesnotwendigkeiten, ist sie aktiv nur in der Hetze gegen die Kommunisten, die die Arbeiterschaft aufrufen zum Kampfe um ihre Existenz. Die Politik der Arbeitsgemeinschaft, der in ihren Dienst gestellte große Apparat täuscht immer noch Millionen. Die Kommunisten, die diese Haltung entlarven wollen, sollen aus den Gewerkschaften entfernt werden. All diese Hetze wird nicht hindern, daß die Massen die ganze Verräterei der Arbeitsgemeinschafter erkennen und von diesen Rechenschaft fordern. Hiervor zittern die Leipart und Dißmann. Das Unternehmertum stellt die Gewerkschaftsbureaukratie öffentlich in seine Dienste. Die Leipart und Dißmann haben ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen mit den Christlichen und mit den Hirschen. Gemeinsam kämpft diese ganze Gesellschaft gegen das revolutionäre Proletariat. Die letzten Verbandstagsbeschlüsse — Um- und Ausbau der Organisation — werden nicht ausgeführt, weil Robert Dißmann grundsätzlich im Lager der Rechtssozialisten steht. Auf dem Betriebsrätekongreß in der „Neuen Welt" hat Dißmann ausgeführt, daß dem Proletariat die zur Einführung des Sozialismus erforderliche Reife noch genau so fehle, wie 1914, daß die kapitalistische Wirtschaft wieder aufgebaut werden müsse. Nur so ist seine Rede zu verstehen, so gibt sie auch die „Freiheit" wieder. Allem Anschein nach ist Dißmann der Scharfmacher im ADGB. Müller schildert eingehend den Charakter Amsterdams und die Bemühungen Dißmanns, Amsterdam, das eine Personalunion und Arbeitsgemeinschaft mit der 2. Internationale hat, auch mit Wien zu verkoppeln.

Die Gewerkschaften sind zu Brennpunkten der Klassenbestrebungen des Proletariats geworden. Wir verlangen das Recht, unsere Auffassung in den Gewerkschaften zu vertreten. Die Bureaukratie und fast die gesamte Gewerkschaftspresse bricht jeden Tag die angebliche politische Neutralität, weil es eine politische Neutralität für die Gewerkschaften gar nicht gibt. Wir dürfen nicht erlahmen, im Ringen um die Herzen und Hirne des Proletariats. Unsere Arbeit in den Gewerkschaften und in den Massen gilt der Befreiung der Arbeiterklasse. (Starker Beifall.)

Rusch bezichtet wegen der erschöpfenden Ausführungen Müllers auf sein Referat. Er unterbreitet folgende Resolution:

Die Reichskonferenz der kommunistischen und der mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale sympathisierenden Metallarbeiter erhebt schärfsten Protest gegen die Politik und die Maßnahmen der Mehrheit des Hauptvorstandes und der Mehrheit des Beirates. Der Beschluß der letzten Beiratssitzung läßt ganz klar erkennen, daß der Ausschluß der Kommunisten aus dem Metallarbeiter-Verband vorbereitet worden ist. Die Konferenz hält diese Tätigkeit der Mehrheit des Hauptvorstandes für schädlich, da sie geeignet ist, die große Metallarbeiterorganisation zu spalten. Die kommunistischen Metallarbeiter werden alles daransetzen, um die Geschlossenheit der Organisation zu halten. Sie sagen allen, die die Einigkeit des Metallarbeiter-Verbandes untergraben, mögen sie in den Kreisen der Mitglieder stehen oder als Funktionäre der Organisation wirken, den allerschärfsten Kampf an.

Insbesondere brandmarkt die Konferenz die Haltung der Mehrheit des Hauptvorstandes gegenüber der ordnungsmäßig gewählten Hallescher Ortsverwaltung. Das Verhalten der Mehrheit des Vorstandes in diesem Falle widerspricht den klaren Bestimmungen des Statutes bezüglich des Selbstbestimmungsrechts der Mitglieder.

Die Konferenz fordert von dem Hauptvorstand eine Politik, die den Beschlüssen der letzten Verbandsgeneralversammlung entspricht. Sie ist der Meinung, daß die Mehrheit des Hauptvorstandes bis zur Stunde noch nichts getan hat, was in der Richtung der Verwirklichung unserer Verbandstagsbeschlüsse liegt.

Die Konferenz fordert alle Metallarbeiter auf, gemeinsam mit den Kommunisten für den Um- und Ausbau der Organisation gemäß den Beschlüssen unserer letzten Verbandsgeneralversammlung einzutreten und tatkräftig mitzuarbeiten. Sie fordert alle Metallarbeiter auf, schon jetzt die Vorbereitungen zu den Wahlen der Delegierten zur nächsten Verbandsgeneralversammlung zu treffen und nur Kandidaten aufzustellen und zu wählen, die bereit sind, für die praktische Verwirklichung der Grundsätze unserer letzten Generalversammlung einzutreten.

In der Diskussion schildert ein Nürnberger Delegierter den Kampf in der Nürnberger Metallindustrie, der 14 Wochen geführt wurde um die Rechte der Betriebsräte, den die Gewerkschaftsbureaukratie sabotierte.

Heer (Hamburg) gibt folgendes Schreiben an einen Bremerhavener Delegierten bekannt:

„Es ist bekanntgeworden, daß Du beabsichtigst, an der von der Reichsfraktion der Metallarbeiter einberufenen sogenannten Reichskonferenz der Metallarbeiter teilzunehmen. Wir halten uns verpflichtet, Dich aufmerksam zu machen auf die Bestimmungen unseres Verbandsstatuts, ferner auf die Beschlüsse des erweiterten Beirats und auf den in Nr. 7 der „Metallarbeiter-Zeitung" erschienen Aufruf unserer Vorstandsmitglieder. Wir ersuchen Dich in ernstester Weise, von diesem Vorhaben Abstand zu nehmen. Nimmst Du an der genannten Reichskonferenz teil, dann rechne auch mit den Dich treffenden Folgen.

Mit kollegialem Gruß

DMV., Bremerhaven. Der Bevollmächtigte." Max Landgraf.

(Aehnliche Schreiben haben süddeutsche Delegierte bekommen.)

In Hamburg sind massenhaft Flugblätter vom ADGB. und der Asa verteilt worden, die die Aufforderung enthielten, SPD. oder USPD. zu wählen. Das ist die Praxis derjenigen, die die politische Neutralität predigen. So gehen sie mit den Geldern der Gewerkschaften um.

In der weiteren ausgedehnten Diskussion brachten die Delegierten immer und immer wieder zum Ausdruck, daß die Mitgliedschaften, die sie vertreten, entschlossen sind, die Einheitlichkeit des Verbandes zu wahren, und sich hiervon durch keinerlei Provokation der Dißmänner abhalten lassen. Hätten die Dißmänner nicht ihre vorgefaßte Meinung gegen die Kommunisten, würden sie der Einladung der kommunistischen Fraktion, die Konferenz zu besuchen, gefolgt sein, auch nicht das geringste Spaltungsbestreben hätten sie hier entdecken können. Selten haben sich Gewerkschaftsfunktionäre mit einer solchen Stärke für die revolutionäre Einstellung der Gewerkschaften, für die proletarische Einheitsfront ausgesprochen wie hier. Die Diskussion erbrachte auch weiteres reiches Material über die Kampfessabotage und die Kommunistenhetze der Dißmänner. Dieses Material wurde in der denkbar sachlichsten Form vorgetragen. Jeder einzelne Diskussionsredner wurde zu zu einem überzeugenden Ankläger gegen die Spaltungsarbeit der Bureaukratie des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Die Resolution Rusch und eine von Rusch und Müller eingereichte Resolution, die besagt, daß die Delegierten zum Verbandstag sich bei der Wahl für den Offenen Brief zu erklären haben, wurden einstimmig angenommen. Zum Punkt 8 der Tagesordnung sprach der Genosse Fuchs und unterbreitete nachstehenden Antrag, der ebenfalls einstimmig angenommen wurde:

Da der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes auf eine Einladung des Moskauer Rates der Fach- und Industrieverbände zur Beschickung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz nicht geantwortet hat, entsendet die Reichskonferenz der kommunistischen Metallarbeiter drei Delegierte. Diese Delegierten vertreten nicht den DMV., als solchen, sondern nur die kommunistischen und die mit der Moskauer Gewerkschaftsinternationale sympathisierenden Mitglieder. Die Delegation erhält den Auftrag, sich über die Tagung und über die Beschlüsse des Internationalen Gewerkschaftskongresses zu informieren und ihren Mandatgebern Bericht zu erstatten.

Als Delegierte zum Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale wurden die Genossen Müller (Berlin), Hausding (Chemnitz) und Jakob Greiß (Wiesbaden) gewählt.

Mit einem Hoch auf die Rote Gewerkschaftsinternationale, auf die Weltrevolution und unter dem Gesang der Internationale wurde diese eindrucksvolle Kundgebung der deutschen Metallarbeiter für die proletarische Einheitsfront und den entsprechenden Ausbau der Gewerkschaft geschlossen.

Allerlei.

Staatsstreich in Lichtenstein? Das „BZ." berichtet: Nach einer Meldung der „Basler Nachr." kam man in Lichtenstein einem Staatsstreich auf die Spur, bei dem die Entführung des provisorischen Landesverwesers Dr. Beer beabsichtigt war. Das zur Entführung bereitgestellte Automobil konnte unberichteter Sache die Flucht ergreifen. Die Führer der Bewegung sind unauffindbar.

Schiebertdeutschland. In Aktenburg hat laut „BZ." die Staatsanwaltschaft die städtische Butterverteilungsstelle aufgehoben und eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Es sind große Butterschiebungen aufgedeckt worden. Auch bei der Kartoffelverteilungsstelle ist man großen Veruntreuungen auf die Spur gekommen.

Dampfer gesunken. London, 28. Februar. (Reuter.) Der Transportdampfer „Huntspill", ein früherer deutscher Dampfer, der in einigen Tagen mit Truppen nach dem fernen Osten abgehen sollte, ist im Hafen von Southampton gesunken.

Gesunkenes Kriegsschiff. Washington, 1. März. Der amerikanische Torpedobootzerstörer „Woolsen" stieß auf der Höhe von Panama mit dem Dampfer „Steel Inventor" zusammen. Der Torpedobootzerstörer ist gesunken. Ein Mann ist umgekommen. 15 werden vermißt.

Riesenunterschlagungen. Wien, 28. Februar. Bei der Hellkasse der Ostbahn sind heute die Unterschlagungen eines Bahnbeamten entdeckt worden, der während zweier Jahre 16 Millionen Kronen veruntreut hat. Der Schuldige, der Bahnabschnitt Anton Gutscherer, hat sich selbst der Behörde gestellt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0003

Vereinigte Kommunist. Partei Deutschl.
(Sektion der 3. Internationale.)

Bezirksleitung für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg. — Sitz in Halle (Saale).
Hauptbureau: Harz 42/44, Hinterh. II, I. Fernspr. 1478.
Kasse: Lerchenfeldstraße 14. — Fernsprecher 2851
Postscheckkonto Leipzig 107001, Artur Sämisch, Bez.-Sekr.
Geschäftszeit: Tägl. 9 bis 4 Uhr. — Sonnabend nachm. und Sonntags geschlossen.

Die Bezirksbuchhandlung befindet sich jetzt in Halle, Lerchenfeldstraße 14. Sämtliche Bestellungen u. Gelder werden daselbst entgegengenommen.

Versammlungs-Anzeiger.

Ortsverein Halle.

Bureau: Harz 42/44, Zimmer 23/24. — Fernspr. 1478.
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr.
— Sonnabends nachmittags geschlossen. —

Distriktsversammlungen.

In allen Distrikten. Donnerstag, den 3. März, abends 8 Uhr. Bericht über die letzten Vorgänge innerhalb des Zentralausschusses.

Distrikt 19 hält seine Sitzung Freitag, den 4. März, ab.

Böllberg-Wörmlitz. Donnerstag, den 3. März, abends 7½ Uhr, im „Gasthof zu Wörmlitz": Vortrag des Genossen Osterburg über Gemeindepolitik.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Harz 42/44, Zimmer 23/24. Fernspr. 1478.
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr.
— Sonnabends nachmittags geschlossen. —

Frauenversammlung.

Dölau. Donnerstag den 3. März, abends 7½ Uhr, bei Dierschke. Jede Frau hat die Pflicht, zu erscheinen. Der Vorstand.

Mitgliederversammlungen.

Ammendorf. Distrikt Ammendorf. Mittwoch den 2. März, abends 8 Uhr, in der „Broyhanschenke".

Distrikt Beesen. Mittwoch, den 2. März, abends 8 Uhr, im „Deutschen Hause".

Außerordentl. Mitgliederversammlung.

Könnern. Sonnabend, den 5. März, abds. 8 Uhr.

Unterbezirk Bitterfeld.

Sekretär: Wilhelm Herrmann, Bitterfeld, Ackerstraße 9.

Mitgliederversammlung.

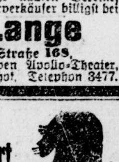
Bitterfeld. Donnerstag, den 3. März, abds. 7 Uhr, im „Gesellschaftshaus". Die außerordentlich wichtige Tagesordnung macht es jeder Genossin und jedem Genossen zur Pflicht, zahlreich zu erscheinen. Die Genossen, die Sammellisten im Besitz haben, haben dieselben schnellstens an den Kassierer abzuführen.

DEUTSCHER METALLARBEITER VERBAND
HALLE A. S. FERNRUF № 1726 — HARZ 42/44
BÜROZEIT 11-1, u. 4-6. SONNABEND 9-2.

Klempner und Installateure.
1192 **Freitag** abend 7½ Uhr:
Versammlung
bei **Köppchen, Unterberg 12.**
Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.
— Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht. —

Gasthof „Freiheit", Oppin.
Sonnabend, den 5 März, abends 6 Uhr:
Gr. Schäferkränzchen.
1181 Gäste sind herzlich willkommen.

Karnevals-Artikel !!
Papiermützen, Papiermasken, Kotillon-Touren u. -Orden, die neuesten Schlager in großer Auswahl. 1189
Luftschlangen, Konfetti, Tanzkontroller, Tanzblumen, Eintritts- und Garderobeblocks, Girlanden, Saal-Dekorationen und noch vieles mehr kaufen Vereine, Saalbesitzer und Wiederverkäufer billigst bei
Paul Lange
Merseburger Straße 168,
Nähe Riebeckplatz, neben Apollo-Theater, 5 Minuten vom Bahnhof. Telephon 3477.

Ich hab's probiert
und muß auch Ihnen dringend raten, nur Magol Schuhputz und Bohnerwachs zu verlangen.

MAGOL
der schonende Schuhputz
*486 Herst. Magol-Gesellschaft m. b. H. Magdeburg.

Wollen Sie sich **retten,** ich bringe Ihnen schnelle **Hilfe!** Ohne jede Berufsstörung gebraucht die **kluge Frau** mein wirksames Spezialmittel bei
Regel- u. Blutstockungen.
Höchste Garantie für Unschädlichkeit. Erfolg schon in 2—3 Tagen. **Geld zurück.** Viele Dankschreiben vorhanden, welche die Güte und Wirkung meines Spezialmittels erweisen. Schützen Sie sich vor minderwertigen Nachahmungen, die von allen Seiten durch große Reklame angeboten werden und wenden Sie sich, wenn Ihnen wirklich geholfen sein soll, unter Mitteilung, wie lange Sie schon leiden, vertrauensvoll immer nur an B. Böcker, diskreter Versand Hamburg, Neue ABC-Str. 13, II. *363

25000 Pfund
*499 **frische**
Seefische
u. grüne Heringe

Kabeljau ohne Kopf / **Seelachs** „ „	Pfd.	**1**30
Fischkoteletten	Pfd.	**1**80
gr. grüne Heringe deutsche, das Beste was es gibt	Pfd.	**2,-**
gr. Kieler Fettbücklinge	Kiste	**16,-**
Feinste Kieler Sprotten Kiste 5 Pfund Inhalt		**18,-**
Makrelen-Bücklinge Kiste 7 Pfund Inhalt		**21,-**

Friedrich Krahmer,
Fluß- und Seefischhandlung,
Fischerplan 3. **Fernspr. 6205.**
Marktags Verkauf am Wochenmarkt, Fernspr. dort 6600.

Billigste Bezugsquelle für Händler u. Hausierer!
Lederpantoffel!
mit massiv kräftigen Lederböden, Leder-Oberblatt, Lederbrandsohle, holzgenagelt u. durchgenäht, offeriert zu wirklich konkurrenzlos billigen Preisen.
— Muster bereitwilligst nur unter Nachnahme. —
Lederpantoffel-Versandhaus,
Steinweg 24, Hof 1 Treppe. 1187

Friseure!
Zahle für guten **Hechelabfall 20 Mk.** pro Kilo, **Stumpfen 30 Mk.** bis **40 Mk.** und höher. *497
Haarfabrik M. Kohlmann, Leipzig, Südstr. 24.

Schwerhörigkeit Ohrensausen !
nervöse Gehörstörungen
Ausk. zu deren Beseitigung erteilt vollständig umsonst
Dr. med. **Th. Eisenbach,**
München B 38, *13
Postfach München 13.

Quecksilber
kauft ständig 1125
G. Barby, Halle a. d. S.,
Dessauer Str. 2a.

Frauen,
denen bei Störung der Periode (Blutstockung usw.) andere Mittel nicht helfen, brauchen noch nicht zu verzagen, bestellen Sie sofort Präparate, Marke: *485
Sorgenfrei.
Preisliste mit vielen Dankschreiben gegen Mk. 1,00 Voreinsendung. Generaldepot: H. Schäfer, München, Arnulfstraße 42.

Sehr hohe Belohnung. Verloren **gold. Halskette** m. lila Anhänger. Abzugeb. Heinrichstraße 8, I. 1182

Jeder Kommunist trägt den **Sowjet-Stern** Abzeichen der 3. Internationale u. Wappen der russischen Arbeiter und Bauern.

Rotemailliert, Größe ⅓ wie nebenstehend, als
Nadel u. Brosche.
— Preis 5,— Mk. —
F Hammer und Sichel vergoldet.
Kleinere Ausführung als **Krawattennadel.**
Parteiorganisationen erhalten Preisermäß.
Alleinvertrieb für Deutschland durch die **Kommunistische Jugend Deutschlands.**
Bestellungen sind zu richten an:
Verlag Junge Garde, Berlin C 2, Stralauer Straße 12,
und Volksbuchhandlung Halle, Harz 42|44.

Für unseren Unterbezirk Sangerhausen suchen wir sofort einen
Parteisekretär.
Organisatorische und rednerische Befähigung ist Vorbedingung. Parteigenossen, welche sich für diesen Posten für fähig halten, wollen ein schriftliches Gesuch mit einer kurzen Darstellung ihrer persönlichen Verhältnisse und dem Tage ihres evtl. Antrittes, nebst einem Aufsatz über die Aufgaben eines Unterbezirksführers bis zum 10. März einreichen an **Alfred Oelssner,** Bezirksvorsitzender, Halle (Saale), Harz 42/44, Hinterhaus II.
Die Bezirksleitung der VKPD., Halle-Merseburg. 1188

Frauen
bei Störungen des monatlichen Vorganges helfen **Dr. Schreiters Monatstropf.** Gummiwaren. Preisliste gratis. **Versandhaus Germania, Halle a. d. S.,** II. 40 **Landsberger Str. 5, I.**

Derbe graue Hemden 37,— Mk. 1193
Helle Normalhemden 47,— Mk.
Gute Makohemden 45,— Mk.
Dauerwäsche-Vertrieb, Kl. Berlin 2, 1 Treppe Eing. Sternstr.

Eheleute!
verlangen gratis Preisliste über hygienische u. sanitäre Bedarfsartikel.
Versand-Haus „Rheinland", Essen (Ruhr).
*261 Postfach.

Billiger Verkauf von
Schränken,
Vertikos,
Sofas,
Bettstellen,
Spiegeln,
Küchen,
kompl. Zimmern,
Flurgarderoben
und sämtl. Kleinmöbeln zu billigsten Preisen im Möbelhaus 331
Fr. Schirloth, Kl. Ulrichstraße 34.

Alle Sorten Felle u. Metalle kauft stets zu Höchstpreisen **Menzel** Wörmlitzer Straße 19 515

Raucherdank!
Das sicherste Mittel das Rauchen ganz od. teilweise einzustellen. Wirkung verblüffend. Auskunft umsonst.
Versandhaus Urania
*37 München R 20, Waltherstr. 38.

Stiefeln w. mit Kernleder billig besohlt und ausgebessert. **Bahrmann,** Lerchenfeldstraße. 1167

Apollo-Theater Tägl. 7½!
Mit **Riesenlacherfolg!**
Die 1188
Scheidungsreise.
Rechtzeitig **Plätze bestellen!**

Stadttheater.
Donnerstag, den 3 März, Anfang 7½. Ende 9¾ Uhr:
Tiefland.
Freitag: **Fidelio.** 1190

Welt-Panorama,
Gr. Ulrichstr. 4/5, I.
Tirol-Innsbruck, Paris. 1184
Nur noch bis Sonntag.

Schülermützen
in 8 Farben, beste Verarbeitung, kaufen Sie gut bei 1196
J. Kaliga, Gr. Klausstr. 35.

Reparaturen an **Uhren** sowie **Gold- und Silber-Gegenständen** und **Schmucksachen** übernimmt bei solider Ausführg. zu normal. Preisen.
H. Lerner, 53
Uhren-Reparatur-Werkstatt,
Gr. Steinstrasse 85.
(gegenüb. Barfüßerstr.).

Bettnässen
sofort. Befreiung. Viele Dankschreiben
Auskunft kostenlos.
Alter u. Geschlecht angeb. Zu beziehen durch *73
Versand Kilger,
München I,
Georgenstr. 49.

Altkleiderstelle,
Kl. Ulrichstraße 15, kauft **Wäsche, Garderobe, Schuhwerk, Musikinstrumente,** auch neu.
Telephon 4414. 36

Preiswerte Bücher:
Afrika, Land und Leute.
Illustrierte Tierkunde.
Illustr. Pflanzenkunde.
Alle Bände broschiert
Preis pro Band 2 Mk.
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.
Zahlungen durch Postscheck. amt Leipzig Nr. 86388.

Ich kaufe alle Herren-, Damen- u. Kinder-Garderobe, Wäsche usw.
zu angemessenen Preisen.
P. Hammer, 576
Rathausstraße 17, Hof.

Legehühner eingetroffen. 1193
Schwetschkestr. 14. Hof.

Bellamy
Ein Rückblick aus dem Jahre 2000.
6,00 Mk., Porto 40 Pf.
Volksbuchhandlung,
Halle a. S., Harz 42/44.

Kl. hübscher Junge als eigen oder in Pflege zu geben. Offerten unter **V.H.52** a. d. Exped d. Ztg.

Billige 1183
!! Serien-Tage !!

Wäsche- u. Wollwarenlager, Gr. Ulrichstr. 25, Ecke Jägergasse, neben B. & B.

Damen-Hemden, gute Qualität-Stickerei

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
26,75	34,75	41,75	49,75

Damen-Beinkleider in guter Qualität u. versch. Ausführ.

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
29,75	34,75	39,75	46,50

Untertaillen in guter Qualität mit reicher Stickerei

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
9,75	13,75	16,75	21,50

Nachtjacken, gute Verarbeitung in bester Qualität

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
36,75	39,75	44,50	48,75

Bett-Bezüge,
mit extra großen Kissen, hergestellt in eigener Werkstatt.

weiß, gute Qual., mit 2 Kissen	Serie I	114,75
Kattun, schöne Muster	Serie II	149,75
Züchen, kariert, viele Dessins	Serie III	174,50
Linon, mit Paradekissen	Serie IV	195,00

Herren-Normal- u. Einsatzhemden

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
39,75	42,50	49,75	54,75

Kinderhemden		14,75 / 18,50		16,75 / 21,75
Handtücher	5,75	9,50 / 14,50		11,75
Hemdentuch	7,95	11,75 / 14,75		13,50
Barchent	9,95	11,75	13,50	15,75

Ferner Perkals für Oberhemden, Druckstoffe, Dirndlstoffe, Kattun sowie sämtl. Strumpf- u. Kurzwaren zu wirkl. billigen Preisen. Ein Blick in unser Schaufenster beweist alles!!

Wäsche- u. Wollw.-Lager,
früher Partiewaren-Lager,
Gr. Ulrichstr. 25, Ecke Jägergasse

Der sehr beliebte
Rein Java
Shagschnitt, grün, **wieder eingetroffen,**
Paket 100 gr **5**50
Leipziger Tabakhaus, Halle-S.,
Mauerstr. 1, Ecke Steinweg. 1194
Filialen:
Triftstrasse 5, Ecke Gosenstraße. | **Kohlschütterstr. 1,** Eingang Reilstraße.
Tel. 4781. 1194

Sangerhausen

Hausbrandversorgung.
Kohlenhändler Klaus verkauft Briketts am 28. Februar von Nr. 2183—2300, am 1. März von Nr. 2301—2650, auf Abschnitt 15 und am 2. März von Nr. 1283—1600 auf Abschnitt 16 der Kohlenkarte.
Sangerhausen, den 26. Februar 1921.
*494 **Der Magistrat.** (Ortskohlenstelle.)

Hausbrandversorgung.
Kohlenhändler Schrecke verkauft Briketts am 2. März von Nr. 901 bis zum Schluß des Abschnittes 14. Am 3. März von Nr. 1—300 des Abschnittes 15.
Sangerhausen, den 2. März 1920.
*493 **Der Magistrat.** (Ortskohlenstelle.)

Wir suchen geeignete **Pflegestelle** für einen fünfjährigen Jungen. Angebote werden Zimmer 16 des Rathauses entgegengenommen.
Sangerhausen, den 28. Februar 1921.
*495 **Das Armenamt.**

Wir haben die Absicht, die **Reihengräber** auf den vor und hinter der Leichenhalle liegenden Gräberquartieren für die gemäß § 5 der Gottesacker- und Begräbnisordnung für die Stadt Sangerhausen vom 20. Dezember 1902 und 3. Februar 1903 (Sangerhäuser Zeitung Nr. 163 vom 16. Juli 1885) die 30-jährige Verwesungsperiode abgelaufen ist, einebnen zu lassen. Alle diejenigen, die den Wunsch haben, daß einzelne auf diesen Flächen befindliche Gräber sowie dazu gehörige Denkmäler, Einfassungen usw. gegen Zahlung einer angemessenen Anerkennungsgebühr erhalten bleiben möchten, werden ersucht, sich binnen 2 Wochen, vom Tage des Erscheinens dieser Bekanntmachung an gerechnet, im Zimmer 13 des Rathauses zu melden.
Sangerhausen, den 22. Februar 1921.
*472 **Der Magistrat.**

Am 1. März verschied nach längerem Leiden infolge Schlaganfalls meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwieger- und Großmutter, Frau
Julie Grabolle verw. Nicolai geb. Vettermann
im 78. Lebensjahre. 1185
In tiefem Schmerz: Ernst Grabolle, Spitze 8.
Beerdigung: Freitag nachmittag 2½ Uhr, von der Leichenhalle des Südfriedhofes aus.

Genossen, kauft nur bei den „Klassenkampf"-Inserenten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis.

Halle, den 2. März 1921.

Kommunistische Verbandsvorstände. Heute 6 Uhr „Volkspark" Konferenz mit einem Vertreter der Reichsgewerkschaftszentrale.

Das neue Reichsversorgungsgesetz

ist — wie uns das Versorgungsamt Halle schreibt — vom 12. 5. 1920 nunmehr in Vollzug zu setzen. Die Versorgungsämter und das Hauptversorgungsamt in Magdeburg haben die hierzu notwendigen Arbeiten bereits aufgenommen.

Die Grundsätze für die Bewilligung einer Rente nach dem Reichsversorgungsgesetz weichen wesentlich von den bisher geltenden Versorgungsgesetzen ab. Der § 26 des Gesetzes schreibt vor, daß für die Bemessung der Rente maßgebend sein sollen

1. die Minderung der Erwerbsfähigkeit,
2. der Beruf,
3. der Familienstand,
4. der Wohnsitz.

Nach § 63 des Gesetzes hat sich die Höhe der zur Auszahlung kommenden Renten nach der Höhe des Einkommens des Beschädigten zu richten. Der wirtschaftlich Schwächere soll von der festgestellten Rente einen höheren Betrag erhalten, als der weniger Bedürftige.

Das Gesetz macht es erforderlich, daß seitens der Versorgungsämter umfangreiche Neufeststellungen zu machen sind.

Es müssen festgestellt werden:

1. Die Art des erlernten Berufes, weil hiervon die Entscheidung über die Bewilligung einer Ausgleichszulage abhängig ist,
2. die Zahl der Kinder, für welche eine Kinderzulage zuständig ist,
3. der Wohnsitz, den der Beschädigte seit 1. 10. 1919 gehabt hat, weil sich hiernach die Berechnung der Ortszulage richtet,
4. die Höhe des reichseinkommensteuerpflichtigen Einkommens.

Es werden demnächst den Beschädigten Fragebogen zur Ausfüllung zugehen. Es liegt im Interesse des Beschädigten selbst, wenn er die Fragen gewissenhaft, schnell und richtig beantwortet. Für alle am 1. 4. 1920 lebenden Kinder sind abgekürzte Geburtsurkunden, sogenannte Geburtsscheine, beizufügen. Diese Geburtsscheine stellt dasjenige Standesamt aus, welches für den Geburtsort des Kindes zuständig ist. Die Ausstellung erfolgt kostenlos.

Alle diese Feststellungen und sonst noch erforderlichen Arbeiten werden bei der großen Zahl der Kriegsbeschädigten naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmen. Es ist daher ausgeschlossen, alle Neufestsetzungen in kurzer Zeit zu erledigen.

Nach § 93 des Reichsversorgungsgesetzes werden die auf Grund der bisher geltenden Gesetze zu zahlenden Versorgungsgebührnisse solange weitergezahlt, bis die Gebührnisse nach dem Reichsversorgungsgesetz festgestellt sind. Die Feststellung erfolgt rückwirkend vom 1. 4. 1920 an; die seit 1. April 1920 gezahlten Beträge werden auf die neue Versorgung angerechnet. Sind die nach dem Reichsversorgungsgesetz festgestellten Gebührnisse niedriger, als die bisher gewährten Gebührnisse, so tritt die Minderung mit dem Ablauf des Monats ein, der auf die Zustellung des Bescheides folgt.

Hiernach kann dem einzelnen Beschädigten ein Schaden aus einer etwa später erfolgten Festsetzung der neuen Gebührnisse nicht entstehen. Diejenigen, welche aus dem neuen Gesetz eine erhebliche Erhöhung ihrer Gebührnisse zu erwarten haben, oder die besonders bedürftig sind, können einen Antrag auf beschleunigte Feststellung an das Versorgungsamt einreichen. Dem Antrag wird nach Möglichkeit entsprochen werden. Es kommen hier besonders in Frage die Schwerkriegsbeschädigten und von diesen ganz besonders diejenigen, die ein geringeres reichseinkommensteuerpflichtiges Einkommen und dabei vielleicht auch noch mehrere Kinder haben. Auch ohne daß ein besonderer Antrag eingeht, werden die Versorgungsämter anstreben, in erster Linie die neuen Gebührnisse der Schwerkriegsbeschädigten und Bedürftigen zur Anweisung zu bringen.

Die Neufestsetzung der nach früheren Militärversorgungsgesetzen bewilligten Versorgungsgebührnisse erfolgt ohne Antrag von Amts wegen. Im übrigen wird Versorgung nach dem Reichsversorgungsgesetz nur auf Antrag gewährt. Das betrifft besonders auch die im § 88 des Reichsversorgungsgesetzes bezeichneten Personen, denen erst das Reichsversorgungsgesetz einen Versorgungsanspruch einräumt.

Denjenigen Personen, deren Versorgungsanspruch sich auf eine nach dem 31. 7. 1914 und vor dem 1. 4. 1920 beendeten Dienstleistung gründet, werden, wenn sie am 1. 4. 1920 auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes vom 31. 5. 1906 eine Teilrente von 10 v. H. beziehen, die ihnen nach dem Mannschaftsversorgungsgesetz und den hierzu bis zum 1. 4. 1920 ergangenen Verordnungen und Erlassen zu zahlenden Gebührnisse bis zum 31. 12. 1920 weitergezahlt. Mit dem 1. 1. 1921 wird an Stelle dieser Gebührnisse von Amts wegen eine einmalige Abfindung in Höhe des dreifachen Jahresbetrages dieser Gebührnisse gewährt.

Die Feststellung dieser Abfindungssumme wird in einigen Wochen beendet sein. Die hiernach abgefundenen Personen behalten jedoch einen etwaigen Anspruch auf Heilbehandlung.

Wenn später eine Verschlimmerung des Dienstbeschädigungsleidens eintritt, kann ein erneuter Anspruch auf Versorgung gestellt werden. Die neue Versorgung würde nur nach den Bestimmungen des Reichsversorgungsgesetzes gewährt werden. Ein auf diese Zeit der neuen Versorgung entfallender Teilbetrag der Abfindungssumme wird angerechnet.

Adolf Thiele handelt mit „Auslandsware".

Wenn unsere Hausfrauen nur das schöne Wort „Auslandszucker" hören wissen sie, was es damit für eine Bewandtnis hat. Unter dem Deckmantel „Auslandsware" wird in Deutschland seit einigen Jahren ein blühender Schleich- und Wucherhandel mit allen Dingen getrieben. Der „Auslandszucker" zum Beispiel fällt nicht unter die strenge Rationierung. Er ist also im freien Handel zu haben, das heißt: Wucherer und Preistreiber verteuern ihn gehörig, ehe sie ihn an den zahlungsfähigen Konsumenten absetzen. Er kommt ja vom „Auslande", da kann man natürlich mehr verlangen. Und die großen Cafés bezahlen es gern! Wie könnten sie sonst für die Schmarotzer unserer Gesellschaft all die feinen Kuchen und Torten backen? Die Behörden sehen diesem Handel mit der „Auslandsware" tatlos zu. Würde man dem Ursprung des Auslandszuckers, der in Halle verkauft wird, nachgehen, man könnte sicher in den meisten Fällen feststellen, daß er keine 20 Kilometer von Halle entfernt hergestellt wird.

Neuerdings ist nun der Handel mit der „Auslandsbutter" und dem „Auslandszucker" behördlich sanktioniert worden. Derselbe Adolf Thiele, der durch Pfändung der kommunistischen Gemeindevorsteher seiner Landratswürde mehr Nachdruck geben will, hat jetzt im Landratsamt einen Kramladen aufgemacht. Dort wird aber nicht etwa für arme Proleten Zucker und Butter zu ermäßigtem Preise abgegeben. Mit solchen Dingen gibt sich das Landratsamt nicht ab. Dagegen treibt Adolf Thiele einen schwunghaften Handel mit Auslandsware, wie folgendes Rundschreiben beweist:

Der Landrat des Saalkreises. Halle, den 15. Februar 1921.
Nr. 1350 AK.

Abschrift.

Preußischer Staatskommissar für Volksernährung. Berlin W 8, den 11. Januar 1921.
8 a 193.

Unter Beziehung auf den Erlaß vom 20. März 1920 (6 a 1122).

Von der Reichsfettstelle ist mir zur Versorgung der Gastwirtschaften eine gewisse Menge Auslandsbutter zum Preise von 32 Mk. zur Verfügung gestellt. Sofern Bedarf hierfür bestehen sollte, ersuche ich, umgehend Antrag auf Zuweisung bei mir zu stellen.

Gleichen Anträgen sehe ich entgegen, wenn ein Bedürfnis nach Zuweisung von Auslandszucker für Gastwirtschaften bestehen sollte. Der Preis beträgt etwa 7'50 Mk. per 1 Pfund.

gez.: Unterschrift.

Abschrift zur Kenntnisnahme. Ad. Thiele.

An die Herren Gastwirte und Schankwirte im Saalkreise.

Tausende von Proletarierkindern siechen dahin, leiden an Knochenschwäche, weil ihnen der für ihre körperliche Entwicklung so nötige Zucker entzogen wird. Adolf Thiele ist es natürlich seinem hohen Amte schuldig, auch etwas für diese armen Kleinen zu tun, und so läßt er einen markanten Aufruf an alle Saalkreisbewohner los, bei der Kinderhilfe reichlich und schnell zu geben. Ob aber die Mütter solcher Kinder auch einmal ein Pfund Thieleschen „Auslandszucker" mit Unterstützung der Kinderhilfe kaufen können, erscheint uns noch sehr zweifelhaft

---

* **Aus dem Rechts- und Verfassungsausschuß.** In seiner letzten Sitzung hatte der Haushaltsausschuß beschlossen, die Wertzuwachssteuerordnung auf ihre Rechtszuständigkeit vom Rechts- und Verfassungsausschuß prüfen zu lassen. Der Rechts- und Verfassungsausschuß beschäftigte sich nun in seiner gestrigen Sitzung mit dieser Steuerordnung, kam aber über juristische Erörterungen nicht hinaus. Im großen und ganzen beleuchtete man die eventuellen Nachteile der Wertzuwachssteuer im Interesse der Bodenspekulanten Hausbesitzer und Grundstücksbesitzer. Zu einer Aenderung irgendwelcher Paragraphen kam es aber nicht, da die Vertreter der Besitzenden nicht in der Mehrheit waren. Es ist jedoch mit der Möglichkeit zu rechnen, daß die Demokraten nächsten Montag im Plenum gegen die Wertzuwachssteuerordnung stimmen werden.

* **Der Wunsch der Vater des Gedankens.** Die beiden Hallischen Kapp-Organe sind wieder einmal — dank ihrer Verbindungen bis zu den höchsten Regierungsstellen — gut informiert. Sie melden es würde gegen Genossen Osterburg ein Disziplinarverfahren eingeleitet, da „dem Vernehmen nach" die Regierung in Merseburg die Akten in der Waffenschiebung auf dem städtischen Kohlenauto eingefordert habe. Und es bestehe Aussicht auf Einleitung eines Disziplinarverfahrens, zumal die Strafkammer (unter Netzbandts Vorsitz!) kürzlich Osterburg nicht vereidigt habe. Wer die richterliche Tätigkeit Wilhelm Netzbandts in Halle verfolgt hat, wird sich darüber ebensowenig wundern, wie über die Meldung der Kappisten, bei denen wieder einmal der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Sie möchten nur allzugerne den Genossen Osterburg aus seiner Tätigkeit als Stadtrat verdrängen, weil es ihm gelungen ist große Teile städtischen Landes durch eigene Regie mit guten Erfolg zu bewirtschaften, so daß die „Gefahr" besteht, die städtischen Güter könnten den deutschnationalen Pächtern genommen und ebenfalls in städtischer Regie übernommen werden.

* **Zu einer nationalistischen Kundgebung** im Apollo-Theater hatten wohl ein paar Dutzend „vaterländischer" Vereine aufgefordert, darunter der „Stahlhelm", der Stadtverband der Evangelischen Frauenhilfe, der Kriegerverband des Stadt- und Saalkreises Halle usw. Vier Redner waren angekündigt die mit den bekannten bürgerlichen Argumenten gegen die Pariser Beschlüsse protestieren sollten. Doch alles dies zog nicht: kaum 200 Männlein und Weiblein hatten sich eingefunden, um die abgedroschenen Phrasen der nationalen Vaterlandsretter anzuhören. Die Anwesenden allerdings waren eine gläubige Gemeinde, denn sie suchten durch übermäßiges Beifallsgebrüll und ermunternde Zurufe die Ausführungen der Redner zu unterstreichen. Die Grundstimmung der vier rednerischen Versuche war die altbekannte Heuchelei: „Wir sind waffen-, wehr- und ehrlos, weil wir die volle Rüstung wegwarfen und dann den Weltkrieg verloren. Motto: „Dolchstoß von hinten." Die Pariser Beschlüsse konnten zustande kommen, weil die deutsche Regierung durch Herrn Müller den Vertrag von Versailles unterzeichnen ließ. Dies wiederum geschah zu einer Zeit, als Erzberger seinen unglückseligen Einfluß ausübte, der auch an der Friedenskundgebung vom 19. Juli 1917 und am Waffenstillstand schuld ist. (Zurufe: „Aufhängen, aufhängen!") Jetzt haben wir die freie Entschließung, die Forderungen anzunehmen oder abzulehnen. Da sie unannehmbar sind, müssen sie abgelehnt werden, mag kommen, was da kommen will. Der alte Frontgeist muß in unserem Volke wieder lebendig werden." Aus diesen Hauptgedanken erkennt man schon, wie völlig verschroben sich die wirklichen Verhältnisse in diesen Köpfen darstellen. Als trefflicher Rufer im Streit eröffnete Universitätsprofessor Voretzsch den Reigen der Redner, ein Mann, der wegen seines jüdischen Aussehens äußerlich nicht in den „teutschen" Rahmen paßte. Dafür wußte er aber um so deutschnationaler zu reden. Ganz besonders beklagte er die verlangte Auflösung der Einwohnerwehren, da die jetzige Wehrmacht viel zu gering sei, um auch nur „Ruhe und Ordnung" im Innern aufrecht zu erhalten. Sodann rief er pathetisch aus: „Bayern ließ sich seine Selbstschutzorganisationen nicht nehmen. (Bravo und Händeklatschen.) Bayern hat sogar ein Landesschießen abgehalten. (Bravo und Händeklatschen.) Früher war man wohl einmal stolz, ein Preuße zu sein; heute möchte man manchmal wünschen, ein Bayer zu sein!" (Bravo und Händeklatschen.) Voretzsch war stolz darauf, daß das deutsche Bürgertum durch seinen Protest gegen die Auslieferung der Kriegsverbrecher deren Bestrafung verhindert habe, und fuhr fort: „Ehe es zur Bestrafung unserer Helden kommt, werden wir hoffentlich so weit sein, daß eine solche unmöglich ist; denn unser deutscher Richterstand ist Gott sei Dank noch untadelig und wird niemand (soll heißen: keinen ehemaligen Offizier) auf Geheiß der Entente verurteilen." (Für die drei durch das Reichsgericht zu Zuchthausstrafen verurteilten Arbeiter hatte Voretzsch kein Wort.) Nachdem der Universitätsprofessor glaubte, genug gesprochen zu haben, fuhr der „Stahlhelm"-Hauptmann Werner vom Bund der Frontsoldaten in seinem Jargon fort. Dieser selbstbewußte, äußerlich elegante, mit dem E. K. I geputzte Mann mit der abgehackten Offiziersstimme ist auf den ersten Blick als eitler Hohlkopf und erschreckend geistloser Phraseur zu erkennen: eine echt preußische Militärerscheinung. Aus seinen Ausführung war soviel verständlich, daß er sich gegen die Entwaffnung des Bürgertums wandte: „Die bayrische Einwohnerwehr, die für uns ein Gegenstand der Freude gewesen ist und, so Gott will, auch bleiben wird, ist der letzte Rettungsanker, an dem wir uns emporwinden werden, wenn die entmenschten Bolschewistenhorden über uns hinwegfegen. Aus Bayern wird dann wohl die Rettung kommen." — Ein „Gewerkschaftssekretär" Collet vom sogenannten Deutschen Gewerkschaftsbund machte recht langweilige Ausführungen, die man nur anstandshalber anhörte um den Anschein zu erwecken, als ob der deutschnationale Reaktionär auch dem Arbeiter gewogen sei. Als Collet aber den Achtstundentag zu verteidigen wagte, stand ein Student, jedenfalls Unternehmersprößling, der vom Achtstundentag der Arbeiter nichts hören wollte, auf und verließ unter heftiger Störung den Saal. Ein Vertreter des „Studentenringes deutscher Art" meinte, es erübrige sich für ihn, sachlich zu sprechen. Er beschränkte sich auf die Erzählung übelster Anekdoten aus seinem feldgrauen Leben offenbarte sich als ganz unfertiger Mensch. Die banalen Ausführungen, in denen nach Studentenart auch von einem „Mädel" die Rede war, zeugten davon, daß dieser Akademiker das Kollegium Logik noch nicht gehört hatte. Als Ersatz dafür forderte er zum Schluß die Anwesenden auf, mit ihm „Deutschland über alles" zu singen. Sein Auftreten **wirkte symbolisch für die ganze verpuffte Demonstration des Bürgertums, das den einzig möglichen Ausweg aus dem Chaos nicht zu finden vermag. Es ist die geschichtliche Mission des internationalen klassenbewußten Proletariats, auch die Pariser** Beschlüsse und die Ergebnisse der Londoner Konferenz des **internationalen Kapitalismus über den Haufen zu werfen.**

* **Eine öffentliche Jugendversammlung** veranstaltet die Kommunistische Jugend morgen, Donnerstag, abend ½8 Uhr im „Volkspark". Das Thema: „Wir und die bewilligten Schulforderungen" macht es wohl gar nicht notwendig, die Eltern, Lehrer und Erzieher besonders einzuladen. Bei der Behandlung einer derartigen Frage ist es einfach Pflicht eines jeden Erwachsenen, durch seine Anwesenheit und Beteiligung an der Aussprache sein Interesse für die Jugend zu zeigen. Aber auch Ihr, Jugendliche, zeigt durch Massenbesuch, daß Ihr mit den jetzigen Zuständen nicht zufrieden seid! Auch für die gegnerischen Jugendorganisationen treffen die bekannten Schulforderungen zu. Wir fordern sie daher auf, unsere Versammlung zwecks Aussprache über diese Dinge zu besuchen.

* **Provinzialmuseum.** Mittwoch, den 2. März, 8 Uhr abends, Museumsabend: Vortrag über Rassen der Vorzeit im Hörsaal des Museums (Eingang Richard Wagner-Straße). Eintritt frei!

* **Weltsprache „Esperanto"**, so lautete gestern abend das Thema, welches Genosse Voigt, Leipzig, in vorzüglicher Weise in „Wilsdorfs Gesellschaftshaus" behandelte. Er ging davon aus, daß schon in früheren Zeiten der Gedanke einer einheitlichen Weltsprache vorhanden war, nur mit dem Unterschiede, daß die Sieger den unterjochten Völkern ihre Sprache aufdrängten, so z. B. die Babylonier die Perser usw. Selbst 1914 hatten deutsche Universitätsprofessoren noch geglaubt, die deutsche Sprache würde einstmals die Weltsprache werden. In politischer Beziehung ist Esperanto die einzige Möglichkeit für den Proletarier, sich zu verständigen. Aber auch in der wissenschaftlichen Behandlung des Esperanto werden Fortschritte gemacht, so ist z. B. von der Universität Brüssel im August v. J. beschlossen worden, Esperanto einzuführen. In kurzen Umrissen erklärte der Vortragende den leicht faßbaren Aufbau des Esperanto und die äußerst leichte Erlernung der Sprache. Zum Schluß wurden alle Anwesenden ermahnt, kräftig mitzuarbeiten an der Verbreitung des Esperanto zum Heile der internationalen Arbeiterschaft. Wer gewillt ist, Esperanto zu lernen, kann sich heute abend von ½8 bis ½10 Uhr in der alten Volksschule, Neue Promenade, Zimmer Nr. 7, einfinden.

* **Stadttheater.** Heute, Mittwoch, abend 7½ Uhr gelangt das Lustspiel „Don Gil von den grünen Hosen" zur Aufführung. Donnerstag: „Tiefland", Freitag: „Fidelio". Sonnabend: Sinfonie-Konzert. Sonntag nachmittag Volksvorstellung: „Pension Schöller", Sonntag abend: „Die Zauberflöte", Montag: „Wenn Liebe erwacht".

* **Freie Volksbühne, Halle.** 4. Werk (Maria Magdalena). Spieltage: B: Freitag, den 4. März; C: Sonnabend, den 5. März; D: Montag, den 7. März; E: Mittwoch: den 9. März; F: Donnerstag, den 10. März.

Rothenburg. Heraus aus bürgerlichen Vereinen. Es kann nicht scharf genug kritisiert werden, daß es noch immer Arbeiter gibt, die den bürgerlichen Sport- und Klimbimvereinen angehören. Gerade hier in Rothenburg macht sich das recht bemerkbar. Diese Arbeiter haben noch nicht die dringende Notwendigkeit erkannt, derartige Vereine zu meiden und statt dessen in die Arbeitervereine einzutreten. Sie sind so von der bürgerlichen Ideologie angesteckt, daß sie geradezu ein Hemmschuh für unsere Bewegung werden. Wir rufen ihnen deshalb zu: Erkennt, daß Ihr Arbeiter seid! Heraus aus den Klimbimvereinen! Jeder proletarische Arbeiter ist verpflichtet, Schulter an Schulter mit seinen Klassengenossen für seine Kinder und Kindeskinder ein besseres Dasein erkämpfen zu helfen.

Nietleben. „Der Wolf geht um!" Und zwar der in Schafskleidern. Natürlich, denn damit läßt sich's besser „Schafe" finden! 6 bis 8 der aus der Kirche Ausgeschiedenen sind wieder „reuig" zur Herde der Auserwählten zurückgekehrt — oder sollten sie sich doch nicht so ganz klar gewesen sein über diesen Schritt, als sie den Beschwatzungen der herumschleichenden Seelenfänger erlagen? Weist diese Leute von Eurer Tür, Genossen; diese Schmarotzer, die immer wiederkommen und mit Betrügereien sogar versuchen, Euch und Eure Kinder für die Kirche zu gewinnen. Ihre Angst ist gerechtfertigt, denn wenn Arbeiterschweiß nicht mehr ihre Pfründe fett machte, dann müßten die „Diener Gottes" vielleicht selbst einmal Proletarierdasein spielen. Heraus aus der Kirche! Die Kinder heraus aus dem Religionsunterricht! Für unsere Schulentlassenen nimmt Anmeldungen zur Jugendweihe Genosse Alfred Pfund entgegen.

Aus der Provinz.

Kommunale Beratungsstelle der VKPD. für den Kreis Torgau.

Am Sonntag, dem 6. März, vormittags ½10 Uhr, findet in Torgau in der „Waldschenke" (Neustraße) eine allgemeine

Gemeindevertreterkonferenz

statt, zu welcher alle Stadtverordneten, Gemeinde- und Kreisvertreter, sowie Elternbeiräte eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Unsere nächsten Aufgaben in den Parlamenten.
2. Die Grundschule und der Religionsunterricht.
3. Verschiedenes.

Es ist unbedingt Pflicht der Genossen, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

Kommunale Beratungsstelle für den Kreis Torgau.
J. A.: Paul Becker.

Befreit die Kinder vom Religionsunterricht!

Die Erteilung religiösen Unterrichts bleibt nach Artikel 149 der Reichsverfassung der Willenserklärung der Lehrer, die Teilnahme an religiösen Unterrichtsfächern aber der Willenserklärung desjenigen überlassen, der über die religiöse Erziehung des Kindes zu bestimmen hat. Und nach den ministeriellen Verfügungen genügt eine einfache Mitteilung des Erziehungsberechtigten (Eltern usw.) an den Lehrer des Kindes, wenn es nicht mehr am Religionsunterricht teilnehmen soll. Leider ist von diesem Rechte nicht in wünschenswertem Umfange Gebrauch gemacht worden. Ja selbst die aus der Kirche Ausgetretenen lassen vielfach aus reiner Gleichgültigkeit und Bequemlichkeit ihre Kinder weiter am dogmatischen Religionsunterricht teilnehmen. Dogmatisch wird er auch in Zukunft bleiben. Denn der Art. 149 bestimmt weiter: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schulen, mit Ausnahme der bekenntnisfreien (weltlichen) Schulen. Der Religionsunterricht wird in Uebereinstimmung mit den Grundsätzen der betreffenden Religionsgesellschaft, unbeschadet des Aufsichtsrechtes des Staates, erteilt."

Also nur die weltlichen Schulen dürfen ohne dogmatischen Unterricht sein. Infolge der reaktionären gesetzgeberischen Maßnahmen ist die Einrichtung weltlicher Schulen noch nicht möglich gemacht worden, so daß ausschließlich die Selbsthilfe des denkenden Proletariers und all derjenigen, die sich von den Dogmen der Kirche freigemacht haben, in Betracht kommt. Jeder einzelne hat das Mittel, seiner Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen, selbst in der Hand, indem er seine Kinder vom Religionsunterricht abmeldet. Natürlich ist nichts damit getan, daß dies nur einzelne tun; alle, die da wollen, daß die Schulzeit richtig ausgenutzt und den Kindern Wissen übermittelt wird, welches sie im späteren Leben, im Kampf ums Dasein verwenden können und verwenden müssen, müssen ihre Kinder vom Religionsunterricht abmelden. Durch geschlossenes Handeln werden auch die reaktionärsten Schulbehörden gezwungen, dieser Frage ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Solange aber die große Masse selber

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0005

Warum, Genosse, bist Du noch nicht Mitglied der Produktiv-Genossenschaft? Willst Du abseits stehen und nicht mitwirken an diesem großen Werke?

nicht fest zu ihren Forderungen steht, ist an eine gesetzliche Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule nicht zu denken.

Die Abmeldung der Kinder kann nur bei Beginn eines Schulhalbjahres erfolgen, deshalb ist es notwendig, die kurze Zeit, die bis zu Beginn des neuen Schuljahres (Ostern) noch zur Verfügung steht, gründlich auszunutzen.

Arbeitereltern! Beherzigt diese Worte! Geht Euren Kindern eine kurze schriftliche Erklärung mit, daß Ihr sie vom Religionsunterricht befreit haben wollt, das genügt. Zeigt, daß es Euch ernst ist mit der Beseitigung des Religionsunterrichts aus der Schule und helft so mit an der Verwirklichung Eurer Forderungen.

Aber auch die Elternbeiräte haben die Pflicht, in der kurzen Spanne Zeit es nicht an Aufklärung fehlen zu lassen. Bringt diese Frage in den Elternversammlungen zur Sprache und sorgt für Aufklärung. Dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Die proletarische Einheitsfront wird stärker!

Am Sonnabend und Sonntag nahmen die Bergarbeiter des Wanzlebener Kreises in sechs großen öffentlichen Bergarbeiterversammlungen Stellung zur Lage in der Kalindustrie und zum Kampf gegen die Bergegewaltigen. Die Versammlungen fanden statt in Anderbeck, Etgersleben, Westeregeln, Egeln, Tartun und Hartmersleben und gestalteten sich teilweise zu mächtigen Kundgebungen für die 3. Internationale; in allen Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, die fordern, daß die Gewerkschaftsbureaukraten den Kampf auf der Grundlage des Offenen Briefes der VKPD. sofort aufnehmen sollen.

Studentische Arbeitshilfe in der Landwirtschaft.

Die „Landwirtschaftliche Wochenschrift für die Provinz Sachsen" vom 14. Februar schreibt:

„Die Studentenschaft der landwirtschaftlichen Hochschule in Bonn-Poppelsdorf vermittelt als Beauftragte sämtlicher Hochschulen Westdeutschlands für die Osterferien (März-April) studentische Arbeitshilfe. Die Arbeitsuchenden sind größtenteils in der landwirtschaftlichen Praxis tätig gewesen, zur tatkräftigen Mitwirkung bei der Frühjahrsbestellung und allen in landwirtschaftlichen Betrieben vorkommenden Arbeiten bereit, legen aber Wert auf eine der Sonderstellung der Studenten entsprechende Unterbringung und Behandlung. Auch zur vertretungsweisen Besetzung von Beamtenstellen stehen geeignete Kräfte zur Verfügung. Alles Nähere durch die Studentenschaft der Landwirtschaftlichen Hochschule Bonn-Poppelsdorf, Meckenheimer Allee 102.

Es ist Tatsache, daß es in der Landwirtschaft an Arbeitskräften fehlt. Es ist aber auch Tatsache, daß insbesondere an männlichen landwirtschaftlichen Arbeitskräften das Angebot zurzeit dreimal so groß ist als die Nachfrage. Wenn die Junker trotz dieses Angebotes von geschulten Arbeitskräften lieber lohnpflichtige Studenten beschäftigen, so liegt der Grund darin, daß sie eine Streikbrecher- und Spitzelgarde züchten wollen. Aufgabe der Landarbeiter ist es, das Recht der Mitbestimmung über Entlassungen und Anstellungen für ihre Betriebsräte zu erkämpfen.

Zum Schiedsspruch im Mansfelder Streik

erhalten wir von dem beteiligten Arbeitervertreter Th. Brauns (Halle), der als Kommissionsmitglied am Schiedsspruch mitgewirkt, eine längere Einsendung mit der Bitte um Abdruck. Raummangels halber müssen wir darauf verzichten, wollen jedoch in kurzen Worten das Wesentliche daraus wiedergeben. Br. legt Wert darauf, festzustellen, daß er von der Leitung des Bergarbeiterverbandes telephonisch zum Mitglied der Kommission ernannt worden sei, ohne von der ganzen Sachlage in Kenntnis gesetzt worden zu sein. Bei der Beurteilung der Dinge sei er lediglich auf die Schilderungen der gewerkschaftlichen Vertreter der Mansfelder Arbeiterschaft und der Betriebsratsmitglieder angewiesen gewesen. Nachdem der sogenannte unparteiische Vorsitzende von vornherein erklärt hatte, daß eine gewisse Verpflichtung zur Bezahlung der Streikschichten nicht bestehe, und die Unternehmervertreter diese als unmoralisch ablehnten, glaubte die Kommission der Mansfelder Gewerkschaft den Vorschlag machen zu sollen, daß sie wenigstens die halben Streikschichten bezahlen solle, um so mehr, als auf dieser Seite der größte Fehler gemacht worden sei. Br. gibt zu, damit nicht ganz konsequent gehandelt zu haben, will jedoch geglaubt haben, dabei im Interesse der Arbeiter zu handeln.

Soweit der wesentliche Inhalt der Zuschrift, die aber unseres Erachtens an den Dingen nichts oder nicht viel ändert.

Sangerhausen. Ein großes Angstgeschrei erhebt wieder einmal die sogenannte „Fortsetzung des Volksblattes". Nicht mehr Abwehrmaßregeln gegen die Reaktion, sondern Abwehr gegen den Kommunismus, das ist die Parole. „Göttlicher" landräthlicher Kasparek, wie war Dir bloß zumute, als Du alle Deine Hoffnung auf guten Wahlerfolg zu Grabe geleiten mußtest? Wir können es nachfühlen, daß nun mit allen Mitteln versucht werden muß, die Arbeiterschaft auf andere Art für sich zu gewinnen. Wäre es nicht ein dankbarer Vorschlag unsererseits wenn die USPD. jedem Kommunisten einen Monat lang das „vielgelesene" Hallische Menschenfreundorgan kostenlos frei Haus liefern würde? Natürlich müßten in jeder Nummer mindestens drei Seiten ausgefüllt sein mit der Schilderung der Situation in unserer Partei. Es dürfte aber bestimmt leibe nicht der wahre Sachverhalt geschildert werden, denn sonst glaubt es kein Arbeiter. Feste geschwindelt muß werden und das kann ja auch das VSPD.-Organ trotz der boshaften Leitung vortrefflich. — Wir möchten vor allen Dingen einmal diesen unabhängigen 2½-Internationalisten sagen, daß wir selbstverständlich auch in die „Hochburgen" der USP. eindringen und durch unseren Standpunkt Karmachen werden. Wer nun eigentlich in die Hochburgen der Junker und der Reformsozialisten geht ob USP. oder VSPD., wollen wir jetzt nicht prüfen. Jedenfalls haben wir schon zur Genüge bewiesen, daß auch vor diesen Toren die VSPD. nicht Halt macht. Die Arbeiterschaft im Kreise Sangerhausen wird nach Prüfung der letzten Beschlüsse unserer Partei allen Verleumdungen und Irreführungsversuchen der USP. zum Trotz zeigen, daß in unserer Partei ein reger Geist der Fortentwicklung vorhanden ist und daß sie nach wie vor treu zum Banner des Kommunismus steht.

Heringen. An der Partei. Am Sonnabend, dem 5. März, abends 8 Uhr, findet im Parteilokal (Deutsches Haus) eine Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung wird dort bekanntgegeben. Jeder Genosse ist verpflichtet, zu erscheinen. Gäste sind willkommen und können als Mitglieder aufgenommen werden.

Nordhausen. Eine Stadtverordnetensitzung findet am Donnerstag, dem 3. März, statt. Zur Beratung stehen „nur" 28 Punkte. Wir heben einzelne hervor: Grundsteuerordnung; Bewilligung von 250 000 Mark für Einrichtung von Bureauräumen und einer Hausmeisterwohnung im früheren Reichsbankgebäude; Anteil der freigewerkschaftl. Arbeitsgemeinschaft kommunaler Arbeitnehmerverbände. Ortsgruppe Nordhausen: Erhöhung der Realsteuern für das Rechnungsjahr 1920; Eingabe des Zentralverbandes der Steingutfabrikanten; Bewilligung von Zuschüssen für den Bau von 14 Wohnhäusern der Siedlungsgesellschaft Sachsenland; Aenderungen an den Baracken auf der Bleiche; Eingabe der Gasewerke betr. Eintrittspreise.

— Gemeinde- und Staatsarbeiter! Am Donnerstag, dem 3 März, abends 7½ Uhr, findet im Riesenhaus eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter statt, worauf unsere Genossen aufmerksam gemacht werden.

— Kreistagswahlen in der Grafschaft Hohenstein. Nach Feststellung des Ergebnisses der Kreistagswahlen des Kreises Grafschaft Hohenstein entfallen auf den Wahlvorschlag der VKPD. 1472 Stimmen. Gewählt sind unsere Genossen Wilhelm Hattenhauer, Eisenbahnarbeiter, Salza, und Albin Röder, Tabakarbeiter, Salza.

Zörbigerwitz. Eine seltene Darbietung permittelt die VKPD. der Arbeiterschaft am Freitag, dem 4. März: einen Dichterabend mit musikalischer Umrahmung „Rußland". Hauptmitwirkende ist die Genossin Alse Berend-Gera aus Kassel. Die Genossen mögen sich darauf einrichten. Nachmittags wird die Künstlerin den Kindern Märchen erzählen.

Herzberg. Der neugewählte Kreistag des Kreises Schweinitz ist ebenso reaktionär zusammengesetzt als vordem. Von den 21 gewählten Kreistagsvertretern gehören 12 dem nationalen „Ordnungsblock", 8 der SPD., 3 der deutschdemokratischen Partei, 2 der „Wirtschaftlichen Vereinigung" und 1 den kommunistischen Partei an. Die USP. hatte zum Kreistag keinen Wahlvorschlag eingereicht, weshalb die 540 Stimmen, welche für diese für den Provinz-Wahlvorschlag abgegeben wurden, für den Kreistag nicht zählen konnten. Durch die Zersplitterung dieser 540 Stimmen fällt dem Ordnungsblock das 1. Mandat zu; wenn diese USP.-Stimmen für den kommunistischen Vorschlag abgegeben worden wären, wären 2 Kommunisten in den Kreistag eingezogen. Mancher Sturm wird im neuen Kreistag zu erwarten sein, denn der „Ordnungsblock", der über die Majorität verfügt, wird „Ordnung" im Kreise schaffen. Und wie! „Jedem Landrat, der ohne unsern Willen an die Spitze des Kreises gestellt wird, werden wir die Gefolgschaft verweigern." So schreiben diese „Ordnungsfreunde", als „ihr Landrat" v. Wappenheim wegen seiner reaktionären Haltung den Landratsthron liquidieren mußte. Gespannt kann man also auf die „neue Ordnung" der Blockbrüder sein. Wir, die wir erlebt haben, daß von diesem demokratischen System im jetzigen Klassenstaat kein Heil für das Proletariat zu erwarten ist, wissen, daß der Befreiungskampf nicht in den Parlamenten ausgefochten werden wird. Auch in dem rein ländlichen Kreis Schweinitz werden wir der Gedanken des Kommunismus weiter verbreiten. Die 1187 Wähler, die ihre Stimme der Vereinigten Kommunistischen Partei gaben, werden als Pioniere für die Befreiung des Proletariats durch den Kommunismus ihre Aufgabe erfüllen.

Bad Schmiedeberg. Trübe Aussichten zur Etatsberatung. Durch die verlotterte Kriegswirtschaft sind auch unsere städtischen Finanzen arg zerrüttet. Während im vorigen Jahre aus Forstüberschüssen 600 000 Mark und aus Sparkassenüberschüssen 66 000 Mark der Kämmereikasse überwiesen werden konnten, wird in diesem Jahre nur die Forstkasse etwa 300 000 Mk. Ueberschuß aufweisen; die Sparkasse hat diesmal voraussichtlich keinen Ueberschuß. Man glaubte durch eine Anleihe von 400 000 Mark, die vor kurzem aufgenommen wurde, etwas „Ordnung" in die Finanzen zu bringen, es stellt sich aber heraus, daß die gelösten Gelder bei weitem nicht reichen. Die Ausgaben steigen immer mehr; die Folge wird sein, daß neue Steuerquellen erschlossen werden. Die natürlich wieder die breite Masse in erster Linie belasten. Deshalb haben wir keinerlei Interesse an der Sanierung unserer städtischen Finanzen, solange nicht ausschließlich die besitzende Klasse dazu herangezogen wird; Steuern, die die arbeitende Bevölkerung belasten, lehnen wir rundweg ab.

Torgau. Die Wahlen im Kreise. Wenn auch konstatiert werden kann, daß die Genossen in unserem ländlichen Kreise ihren Mann gestanden haben, so kann uns aber trotzdem das Wahlresultat nicht befriedigen. Im Vergleich zu Annaburg, Bergern und Dommitzsch muß festgestellt werden, daß in der Stadt Torgau noch viel Arbeit geleistet werden muß. Zu begrüßen ist es und einzelnen Ortsgruppen zur Ehre anzurechnen, daß sie in rein ländlichen Dörfern durch ihre fleißige Arbeit es zur absoluten Mehrheit gebracht haben. Außer den oben angeführten Städten seien erwähnt: Naundorf, Grafendorf und Cobershain. Diese Resultate zeigen, daß durch Fleiß und Ausdauer unserer dortigen Genossen viel erreicht worden ist. Vieles hätte noch geleistet werden können, wenn alle auf den Posten gewesen wären. Für die Zukunft müssen wir der Bevölkerung auf dem Lande gerecht werden und die Wünsche nach Möglichkeit zu erfüllen suchen, die sie uns während des Wahlkampfes aufgetragen haben. Viel Aufklärung ist noch zu leisten und es gilt insbesondere, die Verleumdungen und Verdächtigungen, die die bürgerliche Presse über unsere Partei verbreitet hat, zu zerstreuen. Die Unterbezirke müssen so schnell wie möglich zusammentreten und die nächsten Aufgaben festlegen, um dann mit aller Kraft ans Werk zu gehen. Man soll nicht sagen, es wäre kein dankbares Feld vorhanden, im Gegenteil, die Landarbeiter haben gezeigt, daß sie mit uns fühlen und denken. Ein Verbrechen wäre es, auf halbem Wege stehen zu bleiben. Die Wahlarbeit ist vorbei, die Kräfte sind frei, um die im Wahlkampf gesäten Samenkörner zur Reife zu bringen. Den Massen muß klargemacht werden, daß es nur ein Hüben und Drüben gibt. Arbeiten wir in diesem Sinne, gelingt es uns auch, in die schwärzesten Ecken einzudringen. Eine Attacke liegt hinter uns; zur nächsten uns vorzubereiten, ist unsere Pflicht. — Für den Kreistag sind von 26 Sitzen 7 erobert worden.

Bernburg. Die eigene Frau ermordet? Dieser Tage wurde eine in der Badergasse wohnhafte Frau Heese vor ihrem Bette tot aufgefunden; an Hals und Brust waren Spuren vorhanden, die auf Erdrosselung seitens fremder Hände schließen ließen. Als der Tat verdächtig wurde der eigene Ehemann verhaftet.

Staßfurt. Zum Bergarbeiterstreik in Königsaue. Seit dem 8. Februar befindet sich die 420 Mann starke Belegschaft des Braunkohlenwerkes in Königsaue im Streik. Die Ursache des Streikes ist in der Entlassung und Kündigung von Arbeitern und in der Nichtanerkennung der Betriebsräte zu suchen. Auch die Festsetzung der Normalleistung erfolgte regelmäßig einseitig durch die Werksleitung. Obendrein hat das schikanöse Verhalten des Betriebsführers Schmidt die Differenzen erheblich vermehrt. Die Belegschaft besteht zum größten Teil aus alten gut organisierten Kameraden, die erst in den Streik traten, nachdem keine Aussicht mehr auf eine friedliche Lösung der Differenzen bestand. Bisher sind alle Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Ja man hat sogar den Bergarbeitern die Verrichtung der Notstandsarbeiten verboten und diese durch die Beamten ausführen lassen. Dagegen hat der Bund der Technischen Angestellten sofort Einspruch erhoben, daraufhin wurden die Notstandsarbeiten mit von den Arbeitern verrichtet. Die Werksleitung hat sich schließlich bereit erklärt, 150 Mann wieder einzustellen, 270 Arbeiter aber zu entlassen. Auch wollte sie die Neueinstellung nur durch den Arbeitsnachweis vornehmen lassen. Es liegt klar auf der Hand, daß dieser hartnäckige Standpunkt der Werksleitung zu großer Erbitterung unter der Belegschaft geführt hat, so daß das Ende des Streiks noch nicht abzusehen ist. Wir bitten die Kameraden, den Zuzug nach Königsaue unter allen Umständen fernzuhalten.

Westeregeln. Betriebseinschränkungen. Wie gemeldet wird, haben die hiesigen Schächte 3 und 5 sowie die Gewerkschaft Hadmersleben seit Anfang voriger Woche in ihren Betrieben drei Feierschichten eingeführt. Der Grund zu dieser Maßnahme soll in dem Mangel an Kalisalzen bestehen; wer jedoch mit den Unternehmerpraktiken vertraut ist, weiß, daß lediglich das Profitinteresse für unsere Kapitalisten maßgebend ist. Ist der Profit nicht mehr genügend, werden die Arbeiter einfach aufs Pflaster geworfen. Es besteht Befürchtung, daß auch in den chemischen Fabriken noch Feierschichten eingeführt werden. Der Kampf in der Kaliindustrie rückt also in bedrohliche Nähe.

Versammlungsberichte.

Verband der Kopf- und Handarbeiter aller Verwaltungsbehörden und Betriebe, Ortsgruppe Halle (Saale).

In der Mitgliederversammlung vom 13. Februar im „Volkspark" hielt Genosse Gustav Schmidt ein Referat über: „Die Landtagswahlen". Den Hintergrund seiner Ausführungen standen die Pariser Friedensverhandlungen. Für die arbeitenden Massen sei es die höchste Zeit, daß sie erkennen lernen, mit wem sie es zu tun und wo sie ihre Feinde zu suchen haben. Alle Hebel müssen in Bewegung gesetzt werden, um der Verelendung des Proletariats ein Ende zu machen. Alle Männer und Frauen müssen sich an der Wahl beteiligen, keiner einzelne soll ein Mitkämpfer sein. Der 20. Februar soll zeigen, daß die Massen sich hinter die Fahne der Kommunistischen Partei stellen. Mit einem Appell an die Versammelten, sich rege an der Wahlarbeit zu beteiligen, Leser des „Klassenkampfes" und Mitglied der Produktivgenossenschaft zu werden, schloß Genosse Schmidt seine Ausführungen und erntete reichen Beifall.

Hierauf gab Kollege Hertel den Bericht von der Reichsgewerkschaftskonferenz. Die VGB. will ein Schreiben an den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband richten, damit der dadurch bei einem eventuellen Uebertritt zur alten Centralstelle keine Schwierigkeiten gemacht würden und die Funktionäre bei einer Wiederwahl auf ihrem Posten verbleiben könnten, ebenso die Angestellten. Er kam noch auf die Vorgänge im Kartell am Donnerstag zu sprechen und sagte, daß man von den Geldern der Mitglieder 80 000 Mitgliedermarken wöchentlich herausgeben will, um die Kollegen irreführen zu können.

Sämtliche Diskussionsredner sind der Ueberzeugung, daß es für uns kein Zurück, sondern nur rastloses Vorwärtsdrängen geben kann. Ein Zurück in das alte Gewerkschaftsjoch wurde von der Versammlung entschieden zurückgewiesen.

Es folgten zum eine Reihe von Anträge, die einstimmig angenommen wurden. Im ersten Antrage beteuern die Mitglieder, am Kopf- und Handarbeiterverband festhalten zu wollen, ganz gleich, welche Folgerungen daraus entstehen. Auch verwahren sie sich dagegen, daß sie unter dem Einfluß eines eingelnen gehandelt hätten.

Kollege Hertel gab sodann Bericht über die Lohnverhandlungen beim Magistrat. Wir stehen seit Dezember 1920 mit ihm in Verhandlungen. Der Magistrat hat den Kopf- und Handarbeiterverband nicht anerkennen wollen, angeblich, weil keine Mitglieder vorhanden seien. Zu den Ausführungen wurden allerhand Vorschläge gemacht, von denen folgender als Antrag einstimmig angenommen wurde:

Die Arbeiter, Angestellten bzw. Betriebsräte der städtischen Betriebe, Verwaltungen, Anstalten usw. ersuchen hierdurch den Magistrat der Stadt Halle, sofort mit dem Vertreter des Verbandes der Kopf- und Handarbeiter in Lohnverhandlungen eintreten und den Verband als Interessenvertreter der Angestellten, Arbeiter usw. der städtischen Betriebe, Verwaltungen und Anstalten anzuerkennen.

Zur Richtigstellung der irreführenden Flugblätter teilte Kollege Hertel noch mit, daß der Vorstand sowie die Funktionäre und Angestellten beim Kopf- und Handarbeiterverband die bewilligten Gelder aus der letzten Versammlung durch Schenkung überwiesen haben. Diese Summe beträgt 7645,64 Mk. Die Mitgliederzahl beträgt 1900. Es steht auch fest, daß sich die Kollegen der Kliniken zu uns gefunden haben. Der Betriebsrat der Kliniken, welcher zugleich auch Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes ist, hat es nicht verhindern können, daß eine Amme mit ihrem Kinde von der Verwaltung aufs Pflaster gesetzt wurde, und nur den Kollegen Bachmann und Hertel ist es gelungen, daß dieselbe dort wieder aufgenommen wurde.

Rudolf Jang.

Mitgliederversammlung der Schuhmacher.

Am Montag, dem 21. Februar, fand in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus", Karlstraße 14, eine gutbesuchte Mitgliederversammlung der Schuhmacher statt. Genosse Grabow schilderte in eingehender Weise den Zweck und die Bedeutung des Zusammenschlusses der Arbeiterorganisationen zwecks Bildung einer proletarischen Einheitsfront. Redner betonte, daß es gerade die Rechtssozialisten gewesen sind, die die Forderungen des Offenen Briefes als nicht durchführbar angesehen haben. Der Korreferent Garbe suchte nachzuweisen, daß die Vorwürfe der VKPD. in bezug auf den Offenen Brief nicht zuträfen. Folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen: „Die am 21. Februar 1921 in Wilsdorfs „Gesellschaftshaus" tagende Schuhmacherversammlung steht geschlossen hinter dem Offenen Briefe der VKPD."

Zentralverband der Zimmerer. In der Versammlung am 13. Februar stand, nach einem Bericht des Genossen Engbardt über die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände, als wichtigster Punkt die Neuwahl der Verwaltung auf der Tagesordnung. Die Anstellungskommission schlug der Versammlung vor, die eingegangenen drei Bewerbungen der Genossen Meinhardt, Schütze und Förster zur Wahl zu stellen, und zwar wurden von 89 Stimmen im letzten Wahlgange für Meinhardt 80 und für Förster 58 abgegeben. Es wurde also Kollege Förster zum Geschäftsführer gewählt, ferner als 1. Vorsitzender Genosse Pechmann und als 2. Vorsitzender Genosse Engbardt, als Kassierer der Genosse Morche. — Es sollen Lohnbezirksämter eingeführt werden, wodurch sich örtliche Verhandlungen erübrigen, und ferner sollen der Unkosten halber für jedes Mitglied, welches im Lohnbezirk Merseburg arbeitet, an die Zahlstelle Merseburg 10 Pf. abgeführt werden. Nach einem Beschluß wonach der Vorstand mit dem Bauarbeiterverband wegen Lohnforderungen in Verbindung treten soll, fand die Versammlung ihr Ende.

Sport und Körperpflege.

Spielresultate vom Sonntag.

Minerva I — Bezirksmannschaft 1:0. Teutonia I — Fichte-Halle I 5:2. Wörmlitz I — Schwoitsch I 1:0. Wörmlitz II — Schwoitsch II 1:1. Wörmlitz III — Radewell III 13:0. Wörmlitz Jugend I — Radewell Jugend I 0:1. Wörmlitz Jugend II — Eisdorf I 2:1. Minerva II — Tölau II 3:0. Eisdorf I — Zscherben I 1:0. Minerva III — Zscherben II 5:1. Viktoria Jugend — Zscherben Jugend 7:0. Diemitz I — Braunsdorf I 5:0. V. f. B. Trotha I — Vorwärts Altenburg I 2:1. V. f. B. Trotha II — Vorwärts Altenburg II 1:1.

V. f. B. Trotha. V. f. B. weilte am vergangenen Sonntag in Altenburg zu einem Propagandaspiel gegen die dortigen Vorwärts und gewann nach interessantem Spiele mit 2:1. Dem Spiele wohnten zirka 2000 Zuschauer bei und es machte einen guten Eindruck von der Arbeitersportsbewegung und zeigte, daß unser Sport den bürgerlichen nicht nachsteht. Trotha-II — Vorwärts II 1:1.

Turn- und Sportverein Fichte, (Turner) Freitag, den 4. März, Versammlung nach dem Turnen im „Volkspark". Erscheinen aller auch der passiven ist erwünscht.

Briefkasten.

F. Sch. Altersrente erhält, wer das 65. Lebensjahr vollendet hat und 1200 Beitragswochen nachweisen kann. Wer am 1. Januar 1891 älter als 35 Jahre war, dem werden von den 1200 Marken sowieso 40 Marken erlassen, als er Jahre über 35 alt war, jedoch nur dann, wenn der Betreffende nachweisen kann, daß er in den Jahren 1888 bis 1890 regelmäßig Wochenbeiträge verrichtete, oder wenn er bis zum Jahre 1896 mindestens 200 Marken geleistet hatte. Können Sie eins von beiden nachweisen so brauchen Sie, da Sie 1891 37 Jahre alt waren, nur 1120 Marken zur Erlangung der Altersrente.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Johann Zachen; für Anzeigen: Fritz Krob; Verlag: Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. für den Bezirk Halle-Merseburg, Kölln. Verlag Klassenkampf. Druck Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0006

Leben • Wissen • Kunst

Trotz alledem.

Das war 'ne heiße Märzenzeit,
Trotz Regen, Schnee und alledem!
Nun aber, da es Blüten schneit,
Nun ist es kalt, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem —
Trotz Wien, Berlin und alledem —
Ein schnöder scharfer Winterwind
Durchfröstelt uns trotz alledem!

Das ist der Wind der Reaktion
Mit Meltau, Reif und alledem!
Das ist die Bourgeoisie am Thron —
Der annoch steht, trotz alledem!
Trotz alledem und alledem,
Trotz Blutschuld, Trug und alledem —
Er steht noch und er hudelt uns
Wie früher fast, trotz alledem!

Und was zerfällt, zertretet Ihr!
Seid Kasten nur, trotz alledem!
Wir sind das Volk, die Menschheit wir,
Sind ewig dumm trotz alledem —
Trotz alledem und alledem:
So kommt denn an, trotz alledem!
Ihr hemmt uns, doch Ihr zwingt uns nicht —
Unser die Welt, trotz alledem.

Ferdinand Freiligrath.

Märzwehen.

Das war ein Wetterleuchten und Blitzezucken, ein Märzwehen und Märzstürmen in dem „tollen Jahre 1848". —

Eine Reihe von Mißernten und die große Handelskrise von 1847 ließen Europa in konvulsivischen Zuckungen erbeben. Ganz Europa war aus den Fugen! Am 24. Februar ging der Thron des Bürgerkönigs Louis Philipp in Flammen auf. Der Freiheitssturm der französischen Erhebung braufte über die Vogesen und den Rhein. Die Ketten klirrten und die Throne wankten. Auf Sizilien, in Italien, in Ungarn ging es drunter und drüber. In Deutschland gärte und brodelte es. Die vom Märzsturm erschreckten Führer der süd- und mitteldeutschen Staaten bewilligten alles, was das Volk forderte. Selbst der in seinen volksfeindlichen Sünden ergraute Bundestag fing plötzlich an, Freiheitsgrimassen zu schneiden. Er kapitulierte schmählich und zog die bisher so streng und grausam verfolgten Farben Schwarz-Rot-Gold als amtliches Banner Deutschlands auf.

In Wien hatte sich die Spannung durch eine Gewehrsalve des Militärs entladen. Sturmglocken erschallten. Barrikaden erstanden, das Zeughaus wurde gestürmt, die Villa Metternichs demoliert, Metternich wurde von seiner Herrscherhöhe gestürzt, mußte abdanken und entfloh bei Nacht und Nebel.

In Berlin große Kundgebungen. Massenversammlungen wurden durch Militär gesprengt, die friedlich Heimkehrenden niedergehauen und zusammengeschossen. Die schwüle Atmosphäre, die Nachricht von dem Sturz Metternichs, die Drohung des Rheinbundes mit dem Abfall, lassen der Regierung das Feuer auf den Nägeln brennen. Sie erläßt zwei Patente. Verspricht die Bewilligung gestellter Forderungen. Das Volk versammelt sich, um dem König zu danken. Militär rückt an, um den Schloßhof zu säubern. Aus ihren Reihen fallen zwei Schüsse. Das war das Signal zum Straßenkampf. Schon am 19. März mußte das erschöpfte Militär den Kampf einstellen und Berlin verlassen.

Das Proletariat hatte das schmähliche Joch zerbrochen und in dem Blute eines Tages die Schmach von Jahrzehnten abgewaschen. Das Proletariat war aber noch nicht entwickelt und reif genug seine Herrschaft anzutreten. Es konnte nur reinen Tisch machen, für die Klasse, die nach dem Stande der historischen Entwicklung zunächst berufen war, die Herrschaft zu ergreifen — die Bourgeoisie. Bei ihr lag die Abrechnung mit dem Absolutismus und Feudalismus, bei ihr lag die Entscheidung, ob das tapfere Werk des 18. März gekrönt oder verraten werden sollte. — Und sie hat es verraten. —

Die Märzsonne 1848 beschien die mutigen und tapferen Barrikadenkämpfer; die Märzsonne 1921 bestrahlt den zusammenbrechenden Kapitalismus und leuchtet dem Proletariat, der sozialen Revolution zum Siege. —

Im November 1918 stand die Bourgeoisie insofern auf Seite der Revolutionäre, als es galt, eine Aenderung der Staatsform herbeizuführen, um an Stelle der Monarchie die Republik zu setzen. Zu gleicher Zeit mußte sie aber das Proletariat verhindern, zu schreiten von der Aenderung der Staatsform zur Aenderung der Gesellschaftsform, das einzig und allein das Ziel einer proletarischen Bewegung sein kann. So war die Lage der deutschen Bourgeoisie die, daß sie nur mit den Waffen in der Hand der Forderung des Proletariats entgegentreten konnte. Es begann die blutige Auseinandersetzung zwischen Proletariat und Bourgeoisie im ganzen Reiche. Bremen, München, Berlin, die Kapp-Tage sind die Etappen die den Weg der Auseinandersetzung zeigen. Und mitten in dieser Auseinandersetzung, in diesem Kampfe befinden wir uns noch, da gilt es alle Kräfte zu sammeln, zu konzentrieren um den zu erwartenden Schlag zu parieren. Wieder naht ein März! Bringt er Stürme, dann gibt es nur eine Parole: „Jugend vor die Front!"

87

Der Untertan.

(Nachdruck verboten.)

Roman von Heinrich Mann.

„Wulckow!" Der Ruf kam von der Bühne, aber der Saal nahm ihn auf. Diederich, gebieterische Fäuste hinter sich, gelangte nicht ganz freiwillig die Stufen zur Bühne hinauf. Dort sah er ratsuchend umher: der alte Buck saß regungslos, die Hand geballt auf dem Knie und ließ ihn nicht aus dem Auge; Heuteufel, Cohn, alle Herren des Bureaus erwarteten mit kalter Gier im Gesicht seinen Zusammenbruch; und „Wulckow!" rief der Saal ihm zu. „Wulckow!" Er stammelte etwas von Verleumdung, das Herz flog ihm, einen Augenblick schloß er die Augen, in der Hoffnung, er werde umfallen und der Sache überhoben sein. Aber er fiel nicht um — und als nichts anderes mehr möglich war, kam ihm ein ungeheurer Mut. Er griff an seine Brusttasche, seiner Waffe sicher, und er maß kampfesfreudig den Feind, jenen tückischen Alten, der nun endlich die Maske des väterlichen Gönners verloren hatte und seinen Haß bekannte. Diederich blitzte ihn an, er stieß vor ihm beide Fäuste gegen den Boden. Dann trat er kraftvoll vor den Saal her.

„Wollen Sie was verdienen?" brüllte er wie ein Ausrufer in den Tumult — und es ward still, wie auf ein Zauberwort. „Jeder kann bei mir verdienen!" brüllte Diederich; mit unverminderter Gewalt. „Jedem, der mir nachweist, wieviel ich am Verkauf meines Hauses verdient habe, zahle ich ebensoviel!"

Hierauf schien niemand gefaßt. Die Lieferanten zuerst riefen „Bravo", dann entschlossen sich auch die Christen und die Krieger, aber ohne rechte Zuversicht, denn es ward wieder „Wulckow!" gerufen, noch dazu nach dem Takt von Biergläsern, die man auf die Tische stieß. Diederich erkannte, daß dies ein vorbereiteter Streich war, der nicht nur ihm, sondern weit höheren Mächten galt. Er sah sich unruhig um, und wirklich zückte der Polizeileutnant schon wieder den Helm. Diederich bedeutete ihm mit der Hand, daß er es schon machen werde, und er brüllte:

„Nicht Wulckow, ganz andere Leute! Das freisinnige Säuglingsheim! Dafür hätte ich mein Haus hergeben sollen, das ist mir nahegelegt worden, ich kann es beschwören. Ich als nationaler Mann habe mich energisch gewehrt gegen die Zumutung, die Stadt zu betrügen und den Raub zu teilen mit einem gewissenlosen Magistratsrat!"

„Sie lügen!" rief der alte Buck und stand flammend da. Aber Diederich flammte noch höher, im Vollgefühl seines Rechtes und seiner sittlichen Sendung. Er griff in die Brusttasche, und vor dem [illegible] Drachen dort unten, der ihn anspritzte: „Lügner! Schwindler!" schwenkte er furchtlos seinen Schein. „Beweis!" brüllte er und schwenkte so lange, bis sie hörten.

„Bei mir ist es nicht geglückt, aber in Gausenfeld. Jawohl, Mitbürger! In Gausenfeld . . . Wieso? Gleich. Zwei Herren von der freisinnigen Partei sind beim Besitzer gewesen und haben das Vorkaufsrecht verlangt auf ein gewisses Terrain, für den Fall, daß das Säuglingsheim dorthin kommt."

„Namen! Namen!"

Diederich schlug sich auf die Brust, auch zum letzten bereit. Klüsing hatte ihm alles verraten, nur nicht die Namen. Blitzend faßte er die Herren des Vorstandes ins Auge; einer schien zu erbleichen. „Wer wagt, gewinnt," dachte Diederich, und er brüllte:

„Der eine ist Herr Warenhausbesitzer Cohn!"

Und er trat ab, mit der Miene erfüllter Pflicht. Drunten nahm Kunze ihn entgegen und küßte ihn selbstvergessen rechts und links ins Gesicht, wozu die Nationalgesinnten klatschten. Die anderen schrien: „Beweis!" oder „Schwindel!" Aber „Cohn soll reden!", das wollten alle, Cohn konnte sich den Anforderungen unmöglich entziehen. Der alte Buck sah ihn an, starr, mit einem sichtbaren Zittern der Wangen; und dann erteilte er ihm von selbst das Wort. Cohn, von Heuteufel mit einem Stoß versehen, kam ohne rechte Ueberzeugung hinter dem langen Tisch des Komitees hervor, schleppte die Füße nach und hatte ungünstig gewirkt, noch bevor er anfing. Er lächelte entschuldigend. „Meine Herren, das werden Sie dem Herrn Vorredner doch nicht glauben," sagte er so sanft, daß fast niemand es verstand. Dennoch meinte Cohn schon zu weit gegangen zu sein. „Ich will den Herrn Vorredner nicht geradezu dementieren, aber so war es denn doch nicht."

„Aha! Er gibt es zu!" — und jäh brach ein Aufruhr los, daß Cohn, auf nichts vorbereitet, einen Sprung rückwärts tat. Der Saal war nur noch ein Fuchteln und Schäumen. Schon fielen da und dort Gegner übereinander her. „Hurra!" kreischte Kühnchen und sauste durch die Reihen mit flatterndem Haar, die Fäuste geschwungen, anfeuernd zur Metzelei . . . Auch auf der Bühne war alles auf den Beinen, außer dem Polizeileutnant. Der alte Buck hatte den Platz des Vorsitzenden verlassen, und abgekehrt von dem Volk, über das der letzte Schrei seines Gewissens vergebens hingegangen war, abseits und allein, richtete er die Augen dorthin, wo niemand sah, daß sie weinten. Heuteufel sprach entrüstet auf den Polizeileutnant ein, der sich von seinem Stuhl nicht rührte, ward aber darüber belehrt, daß der Beamte allein entscheide, ob und wann er auflöse. Es brauchte nicht gerade in dem Augenblick zu geschehen, wo es für den Freisinn schlecht stand! Worauf Heuteufel zum Tisch ging und die Glocke führte. Dazu schrie er: „Der zweite Name!" Und da alle Herren auf der Bühne mitschrien, hörte man es endlich und Heuteufel konnte fortfahren.

„Der zweite, der in Gausenfeld war, ist Herr Landgerichtsrat Kühlemann! Stimmt. Kühlemann selbst. Derselbe Kühlemann, aus dessen Nachlaß das Säuglingsheim gebaut werden soll. Will jemand behaupten, Kühlemann bestiehlt seinen eigenen Nachlaß? Na also!" — und Heuteufel zuckte die Achseln, worauf beifällig gelacht ward. Nicht lange; die Leidenschaften pfauchten schon wieder. „Beweise! Kühlemann soll selbst reden! Diebe!" Herr Kühlemann sei schwerkrank, erklärte Heuteufel. Man werde hinschicken, man telephoniere schon. „Auweh," raunte Kunze seinem Freunde Diederich zu. „Wenn Kühlemann es war, sind wir fertig und können einpacken." „Noch lange nicht!" verhieß Diederich, tollkühn. Pastor Zillich seinerseits setzte seine Hoffnung nur mehr auf den Finger Gottes. Diederich in seiner Tollkühnheit sagte: „Brauchen wir gar nicht!" — und er machte sich über einen Zweifler her, dem er zuredete. Die Gutgesinnten reizte er zu entschiedener Stellungnahme, ja, er drückte Sozialdemokraten die Hand, um ihren Haß gegen die bürgerliche Korruption zu verstärken — und überall hielt er den Leuten Klüsings Brief vor die Augen. Er schlug so heftig mit dem Handrücken auf das Papier, daß niemand lesen konnte, und rief: „Steht da Kühlemann? Da steht Buck! Wenn Kühlemann noch japsen kann, wird er zugeben müssen, daß er es nicht war. Buck war es!"

Dabei überwachte er dennoch die Bühne, wo es merkwürdig still geworden war. Die Herren des Komitees liefen durcheinander, aber sie flüsterten nur. Den alten Buck sah man nicht mehr. „Was ist los?" Auch im Saal ward es ruhiger, noch wußte man nicht, warum. Plötzlich hieß es: „Kühlemann soll tot sein." Diederich fühlte es mehr, als daß er es hörte. Er gab es plötzlich auf, zu reden und sich abzuarbeiten. Vor Spannung schnitt er Gesichter. Wenn jemand ihn fragte, antwortete er nicht, er vernahm ringsum ein wesenloses Gewirr von Lauten und wußte nicht mehr deutlich, wo er war. Dann kam aber Gottlieb Hornung und sagte: „Er ist weiß Gott tot. Ich war oben, sie haben telephoniert. Im Moment ist er gestorben."

„Im richtigen Moment," sagte Diederich und sah sich um, erstaunt, als erwachte er. „Der Finger Gottes hat sich wieder mal bewährt," stellte Pastor Zillich fest, und Diederich ward sich bewußt, daß dieser Finger doch nicht zu verachten war. Wie, wenn er dem Schicksal einen anderen Lauf angewiesen hätte? . . Die Parteien im Saale lösten sich auf; das Eingreifen des Todes in die Politik machte aus den Parteien Leute; sie sprachen gedämpft und verzogen sich. Als er schon draußen war, erfuhr Diederich noch, der alte Buck habe eine Ohnmacht erlitten.

Die „Netziger Zeitung" berichtete über die „tragisch verlaufene Wahlversammlung" und schloß daran einen ehrenvollen Nachruf für den hochverdienten Mitbürger Kühlemann. Den Verblichenen traf kein Makel, wenn etwa Dinge vorgefallen waren, die der Aufklärung bedurften . . . Das weitere geschah, nachdem Diederich und Napoleon Fischer eine Besprechung unter vier Augen gehabt hatten. Noch am Abend vor der Wahl hielt die „Partei des Kaisers" eine Versammlung ab, von der die Gegner nicht ausgeschlossen waren. Diederich trat auf und geißelte mit flammenden Worten die demokratische Korruption und ihr Haupt in Netzig, das mit Namen zu nennen die Pflicht eines kaisertreuen Mannes sei — aber er nannte es doch lieber nicht. „Denn, meine Herren, das Hochgefühl schwellt mir die Brust, daß ich mich verdient mache um unseren herrlichen Kaiser, wenn ich seinem gefährlichsten Feinde die Maske abreiße und Ihnen beweise, daß er auch nur verdienen will." Hier kam ihm ein Einfall, oder war es eine Erinnerung, er wußte nicht. „Seine Majestät haben das erhabene Wort gesprochen: Mein afrikanisches Kolonialreich für einen Haftbefehl gegen Eugen Richter! Ich aber meine Herren, liefere Seiner Majestät die nächsten Freunde Richters!" Er ließ die Begeisterung verrauschen; dann, mit verhältnismäßig gedämpfter Stimme: „Und darum, meine Herren, habe ich besondere Gründe, zu vermuten, was man an hoher, sehr hoher Stelle von der Partei des Kaisers erwartet." Er griff an seine Brusttasche, als trüge er dort auch diesmal die Entscheidung; und plötzlich aus voller Lunge: „Wer jetzt noch seine Stimme dem Freisinnigen gibt, der ist kein kaisertreuer Mann!" Da die Versammlung dies einsah, machte Napoleon Fischer, der zugegen war, den Versuch, sie auf die gebotenen Konsequenzen ihrer Haltung hinzuweisen. Sofort fuhr Diederich dazwischen. Die nationalen Wähler würden schweren Herzens ihre Pflicht tun und das kleinere Uebel wählen. „Aber ich bin der erste, der jedes Paktieren mit dem Umsturz weit von sich weist!" Er schlug so lange auf das Rednerpult, bis Napoleon in der Versenkung verschwand.

(Fortsetzung folgt.)

Franz Diederich †.

In Berlin verstarb am Montag im 56. Lebensjahre nach mehrwöchigem Krankenlager Dr. Franz Diederich, Feuilletonredakteur am „Vorwärts". Der Verstorbene war [illegible] Führer des Proletariats auf dem Gebiete des Bildungswesens. Er war zuerst politischer Redakteur an sozialdemokratischen [illegible] in Dortmund und Bremen, ging dann nach Dresden, wo er das Feuilleton der „Arbeiterzeitung" auf eine unerhörte [illegible] Berlin, wohin Diederich kurz vor dem Krieg ging, ist er nicht heimisch geworden.

Franz Diederich hat für die Weckung des literarischen Kunstinteresses im Proletariat viel getan. Er war selbst Dichter, dem zarte Stimmungen aus der Heide ebenso gelangen wie der revolutionäre Aufruf, zugleich und vor allem aber ein ausgezeichneter Mittler der Dichtkunst von anderen. Seine Lyrik ist gesammelt in den Bänden „Worpsweder Stimmungen", „Die weite Heide" und „Die Hämmer dröhnen". Mannigfaches hat er meisterlich aus fremden Sprachen übersetzt. Die große sozial-revolutionäre Anthologie „Vonunten auf" ist das Denkmal, das für den Verstorbenen immer zeugen wird. In den Dichtungen von Franz Diederich schlägt in starkem Rhythmus das Herz der Zeit des sozialen Befreiungskampfes. Die nachgedruckten Verse mögen dafür zeugen.

Schmiede.

Wir sind die Schmiede der neuen Zeit,
Wir schaffen am Feuer!
Das wirft rötende Gluten breit
Ueber altes Gemäuer.
Die Eisenhämmer schmettern
Schlag klingend um Schlag . . .
Draußen aber vor der Schmiede
Unter jung grünen Birkenblättern
Horcht dem klingenden wilden Liede
Blutfrisch erglühend ein neuer
Siegender Frühlingstag.

Wir sind die Schmiede am roten Herd,
Vom Frühling befohlen.
Klirr das Eisen zwingend, fährt
Die Zange in die Kohlen.
Heiße Funken umklirren
Das Werk zum Gruß . . .
Draußen aber über der Schmiede
Wirbelt wildauf ein Funkenschwirren
Im Freiheitstanz zu dem klingenden Liede:
Wir schmieden eiserne Sohlen
Der Zeit an den Fuß!

Das Lied vom Sturmvogel.

Von Maxim Gorki.

Ueber der grauen Ebene des Meeres treibt der Wind die Wolken zusammen. Zwischen Wolken und Meer durchschneidet stolz der Sturmvogel, einem schwarzen Blitze gleich, die Lüfte.

Bald streift er die Wogen mit dem Flügel, bald schnellt er wie ein Pfeil zu den Wolken empor, laut kreischt er auf, und die Wolken vernehmen die Freude in dem kühnen Schrei des Vogels.

Aus diesem Schrei vernimmt man die Sehnsucht nach dem Sturm! Die Kraft des Zornes, die Leidenschaft der Flamme und des Sieges, Gewißheit hören die Wolken in diesem Schrei.

Die Möven stöhnen vor dem Sturm, — stöhnend flattern sie über dem Meere und möchten ihre Angst vor dem Sturme in der Tiefe des Meeres verbergen.

Auch die Taucher stöhnen, — unbekannt ist ihnen der Genuß des Lebenskampfes: sie fürchten die dröhnenden Donnerschläge.

Der dumme Pinguin verbirgt ängstlich den fetten Körper in den Felsen . . .

Aber der stolze Sturmvogel schnellt kühn und frei dahin über dem schäumenden Meer!

Immer tiefer sinken die finsteren Wolken über das Meer, und die Wogen singen und streben brausend dem Donner entgegen.

Der Donner dröhnt. Wild schäumend stöhnen die Wellen und ringen mit dem Wind. Mit fester Umarmung umfaßt er den Wogenberg, in wildem Zorn schleudert er ihn gegen den Felsen, an denen die smaragdgrünen Massen in Staub und Schaum zerschellen.

Der Sturmvogel schnellt schreiend durch die Luft, einem schwarzen Blitze gleichend, durchschneidet er pfeilschnell die Wolken und streift mit den Flügeln den weißen Schaum von den Wellen.

Wie ein Dämon, ein schwarzer, stolzer Dämon des Sturmes schwebt er dahin, er lacht und ächzt . . . Ueber den Wolken lacht er, und er weinet vor Freude!

Aus dem Zorne des Donners hat er — der feinfühlige Dämon — längst die Mündigkeit vernommen: nie können die düsteren Wolken die Sonne verbergen, nein, niemals sie verdrängen.

Der Sturm heult . . . Der Donner kracht . . . Mit blauer Flamme lodern die Wolkenschauer über dem abgrundtiefen Meer. Das Meer fängt die Pfeile der Blitze auf und löscht sie in seiner Tiefe aus. Gleich Feuerschlangen versenkt sich der Widerschein der Blitze ins Meer und bohrt sich tiefer und tiefer, bis er ganz verschwunden.

„Der Sturmwind! Bald wird er wild toben!"

Der Sturmvogel eilt stolz durch die Lüfte, durchschneidet die Blitze und schwebt über dem brüllenden Meer. Ein Prophet des Sieges ist er und schreit:

„Immer wilder tobe der Sturm! . . ."

Die arbeitenden und ausgebeuteten Massen kann lediglich eine Klasse leiten die ohne Schwankungen ihren Weg geht, den Mut nicht verliert und bei den schwersten, schwierigsten und gefährlichsten Uebergängen nicht in Verzweiflung gerät. Hysterische Aufwallungen brauchen wir nicht. Wir brauchen den gemessenen Tritt der eisernen Bataillone des Proletariats.

Lenin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0007

Kämpfende Jugend

Der junge Arbeiter.

Von Max Barthel.

Früh klingt mein Schritt
In vielen andern,
Die alle mit
Zum Werktaal wandern.

Ein Stern strahlt noch,
In sich verloren,
Zu seinem Joch
Wie ich erkoren.

Der Stern verspritzt,
Der Morgen dämmert,
Die Arbeit mützt
Sich ab und hämmert.

So Schlag um Schlag
Die Zeit verschwebet,
Wann kommt der Tag,
Den Licht umwiebet?

Eiserne Faust:
Blitz im Gehirne!
Weltsinn saust.
Ah! Neue Gestirne...

Das proletarische Kind.

Von Otto Rühle.

Früher als die bürgerliche Jugend wird das proletarische Kind flügge und verläßt das Nest der elterlichen Fürsorge und Obhut, — einer Fürsorge, die nicht immer seinen Hunger zu stillen und seine Blöße zu decken vermochte, einer Obhut, die es blutenden Herzens den Gefahren der Einsamkeit, den Verführungen und schlechten Einflüssen der Straße überlassen mußte.

Mit dem Austritt aus der Schule hört das proletarische Kind auf, Kind zu sein. Es wird jugendlicher Arbeiter. Verdient Lohn. Gewinnt eine gewisse wirtschaftliche Selbständigkeit. Steht bald allein auf eigenen Füßen. Den Familienverband braucht es ökonomisch nicht mehr. Darum will es ihm auch kein Opfer an Freiheit und Selbständigkeit mehr bringen. Es verläßt die Wohnung der Eltern und bezieht eine Schlafstelle. Und während die Jugend der wohlhabenden Bevölkerungsschichten noch jahrelang die Pflege und Ueberwachung durch Familie und Elternhaus genießt, stehen Millionen von Knaben und Mädchen im Kampfe um Lohn und Brot. In großen Scharen bevölkern sie Werkstätten, Fabrikhäle, Arbeitsplätze und Kontore. Für sie gibt es keine Vorbereitung für den Lebensberuf, keinen Besuch einer höheren Schule, keine Erziehung zur Hausfrau durch Institute und Pensionate. Für sie heißt es nur: Arbeiten, verdienen!

Die Lebens- und Arbeitsverhältnisse, in die sie gelangen, setzen sie den größten körperlichen, geistigen und sittlichen Schädigungen und Gefahren aus. Der unersättliche Moloch der Industrie verschlingt, was ihnen an gesundheitlicher Widerstandskraft, geistiger Selbständigkeit und Eigenart und sittlichem Vermögen aus dem Jammer der Kinderjahre verblieben ist. Der Staat hat noch keinen durchgreifenden Schutz der arbeitenden Jugend gegen die kapitalistische Ausbeutung geschaffen. Eine einzige reichsgesetzliche Verordnung bestimmt, daß Jugendliche unter 16 Jahren in gewerblichen Betrieben mit mehr als zehn Arbeitern nicht länger als 8 Stunden täglich arbeiten dürfen. Acht Stunden täglich und 14- bis 16jährige Kinder — das nennt sich Jugendschutz! Das Profitinteresse des Kapitals verhöhnt alle Gebote der Hygiene und tritt alle Forderungen der Pädagogik mit Füßen. Dabei genießt die große Masse der im Handwerk beschäftigten Jugendlichen noch nicht einmal diesen armseligen Schutz. In dem Verzweiflungskampfe des untergehenden Kleinhandwerks um seine Existenz spielt die Lehrlingszüchterei und Jugendausbeutung eine große Rolle. Arbeitszeiten im Handwerk mit goldenem Boden von 14, 15 Stunden täglich sind keine Seltenheit. Im Handelsgewerbe liegen die Verhältnisse gleich traurig. Wohnt der Jugendliche in Kost und Logis, so weiß er nie, wann die Arbeit anfängt und wann sie aufhört. Von der Lage der jugendlichen Landarbeiter braucht nicht gesprochen zu werden. Arbeitszeit von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, im Winter noch länger. Keinerlei Freiheit und Rechte. So lebt die arbeitende Jugend Deutschlands, ungeschützt und maßlos ausgebeutet, unter unsäglich traurigen Verhältnissen. Ein paar Wochen und Monate genügen, um dem jungen Menschen, der eben noch die Kinderschuhe austritt, die düstere Ahnung seiner Schuljahre zur schmerzlichen und niederdrückenden Gewißheit werden zu lassen: daß er zum Arbeiten und Beherrschtwerden bestimmt ist, daß er als lebenslänglicher Lohnarbeiter im Schatten der Sorge und der Not durch ein hoffnungsloses Dasein schreiten muß, daß das graue lahme Elend des elterlichen Haushalts, dem er aufatmend entflohen, früher oder später zum Elend seines eigenen Haushalts werden wird . . .

Da erfährt das Schicksal seiner Klasse in ihm seine Wiederholung und Verjüngung: aus dem Bewußtsein der Erniedrigung erwachen ihm im tiefsten Innern tatkräftige Impulse der Auflehnung und Erhebung.

Er wird die Ketten zerbrechen! Sein Schicksal meistern! Eine bessere Zukunft erkämpfen!

Und auf schnurgeradem Wege mündet seine Gefühls- und Gedankenwelt ein in den Strom der großen proletarischen Bewegung

Warum schließen wir uns zusammen?

Euch allen, liebe junge Freunde und Freundinnen, wird die Erzählung von den sieben Stäben bekannt sein: Ein Vater hatte sieben Söhne, welche oft in Zank und Streit lebten. Einige böse Leute machten sich diese Uneinigkeit zunutze, um die Söhne nach dem Tode des Vaters um ihr Erbe zu bringen. Dies hörte der Vater, ließ seine Söhne zu sich kommen, legte ihnen sieben Stäbe, welche zusammengebunden waren vor und sprach: „Dem, der dieses Bündel zerbricht, zahle ich 100 Mark."

Einer nach dem andern versuchte seine Kräfte, und keinem gelang es, das Bündel zu zerbrechen. Sie waren alle der Meinung, daß es nicht möglich sei. „Und doch", sprach der Vater: „Nichts ist leichter als dies." Löste das Bündel und zerbrach jeden einzelnen Stab mit leichter Mühe.

So, wie es mit diesen Stäben ist, so ist es auch mit euch, meine lieben Söhne, sagte der Vater. „So lange ihr fest zusammenhaltet, werdet ihr bestehen und niemand wird euch überwältigen. Werdet ihr aber das Band der Eintracht lösen, so kann es euch leicht so gehen, wie diesen Stäben hier."

Liebe Jugendfreunde und Freundinnen! Auch wir als Jugend haben viele Feinde, welche mit allen Mitteln versuchen, uns in ihre Schlingen zu bekommen, um uns so für ihre Interessen zu gebrauchen. Wir als Jugendliche sind aber im Einzelnen viel schwächer als die Erwachsenen, und auf diese Weise viel leichter den Gefahren ausgesetzt, und viel weniger unseren Feinden gewachsen. Darum müssen wir fest zusammenstehen, um so als eine stärkere Macht unsern Feinden gegenüberzustehen. Der größte Feind der proletarischen Jugend ist aber die kapitalistische Gesellschaft.

Voller Hoffnung verlaßt Ihr die Schule. Erfreut, endlich dem Zwange entronnen zu sein, denkt Ihr nun als unabhängige und gleichberechtigte Menschen in die Welt zu treten. Doch, wie schnell sind diese Hoffnungen dahin. Bald wird es Euch bewußt, daß Ihr nur noch in ein viel stärkeres Joch gespannt worden seid. Arbeit, heißt dieses Joch, welches jetzt von früh bis spät, tagein, tagaus auf Euch lastet.

Arbeiten nicht für Eure Interessen, sondern für andere, für jene, welche durch ihr Geld die Macht im Staate besitzen.

Grau und hoffnungslos sieht der größte Teil der proletarischen Jugend seinen Lebenswege vor sich liegen. Er erkennt nicht den Boden, dem dieses Elend entspringt. Einläßlich durch die Erkenntnis, als Sklave leben zu müssen, wird er abstumpft, gleichgültig seinem eigenen Schicksal gegenüber. Er will vergessen, sucht Zerstreuung und gerät so in eine Bahn, welche nicht angetan ist, ihn von Armut und Versklavung zu erretten.

Nur ein kleiner Teil der proletarischen Jugend hat erkannt, durch welche Verhältnisse das gesamte Proletariat in die Versklavung gestoßen wurde, er weiß, daß das nicht der Vorsehung Gottes oder eines anderen Wesens entspringt, sondern der Art und Weise, wie die Menschen ihre Verbrauchsgüter herstellen und verbrauchen. Diese Form, welche man heute die kapitalistische nennt, weil man Kapital besitzen muß, um etwas herstellen oder verbrauchen zu können, ist es, welche den einen Teil der Gesellschaft in Armut und Elend leben läßt, während der andere in Ueberfluß schwelgt. Aus der Erkenntnis heraus, daß dieses Elend nur in einer Klassengesellschaft, nicht aber in einer klassenlosen oder kommunistischen Gesellschaft möglich ist, hat sich dieser Teil der Jugend zusammengeschlossen, um den Kampf für dieses Ziel zu führen. Aber nicht nur, weil sie gegen den Hauptfeind den Kampf führen muß, sondern auch, weil sie sich gegen ihre kleinen Peiniger und Ausbeuter, die Lehrmeister und Unternehmer wehren muß, ist die Jugend gezwungen, zusammenzustehen. Hierdurch wollen wir zugleich unsern andern Brüdern und Schwestern den Weg zeigen aus der Versklavung und Unterdrückung herauszukommen, um so einer neuen Menschheit entgegenzugehen.

Liebe Jugendfreunde! Ihr alle lebt in einer revolutionären Zeit, einer Zeit der Umwälzung. Ein großer Teil des Proletariats hat schon diese Erkenntnis in sich aufgenommen und den Kampf für die neue Gesellschaft begonnen.

Wollt Ihr da abseits stehen? Wollt Ihr nicht Eure Brüder unterstützen und ihnen helfen? Die Kommunistische Jugend ist aus diesem Kampfe entstanden, aus der Erkenntnis, daß jeder Einzelne schwach, wenn sie zusammengeschlossen, aber auch die Jugend eine Macht bildet. Auch wir als Jugend sind stark und dem Kampf gewachsen, wenn wir einig sind, genau wie im Gleichnis die Stäbe.

Die Kommunistische Jugend zeigt Euch nicht nur, welchen Kampf Ihr zu führen habt, sondern sie vermittelt Euch auch das Wissen, das notwendig ist, um diesen Kampf siegreich zum Ende führen zu können. Sie bildet nicht nur Kämpfer, sondern sie will auch den Grundstein legen für die neue Gesellschaft, indem sie sich zur Aufgabe macht, die Jugend zu neuen Menschen zu erziehen. Groß ist die Aufgabe, welche wir uns gestellt haben, und Euch allen, Ihr Burschen und Mädels, rufen wir zu: Unterstützt uns in dieser Arbeit, denkt an das Gleichnis.

Vereinzelt sind wir nichts! Vereint alles!

Jugend vor die Front!

In den Zeiten, da die proletarische Jugendbewegung entstand, klaffte ein gewisser Gegensatz zwischen jungen und alten Proletariern. Vielfach machten die alten Arbeiter mit Geringschätzung auf ihre jungen Arbeitskollegen herab. Dieser Gegensatz entsprang vor allem der lohndrückenden Tendenz der Jugendarbeit. Die Jungarbeiter bildeten durch ihre Machtlosigkeit gegenüber dem Unternehmertum ein außerordentlich günstiges Ausbeutungsobjekt, und unter dem Deckmantel der „Lehrlingsarbeit" machte sich die rücksichtsloseste Ausbeutung der Jugendarbeit breit. Die erwachsenen Arbeiter erblickten daher in ihren jugendlichen Kollegen [illegible] gefährliche Konkurrenten.

Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus brachte auch die jugendliche und erwachsene Arbeiterschaft in ein neues Verhältnis. Die Unternehmer wollen mit aller Gewa[illegible] die Kosten des verlorenen Weltkrieges der Arbeiterklasse aufbürden. Zu diesem Zweck versuchen sie auch die jugendlichen Arbeiter gegen das übrige Proletariat auszuspielen. Durch übermäßige Einstellung jugendlicher Arbeitskräfte, durch eine vermehrte Lehrlingszüchterei, bemühten sie sich, die Tarifverträge zu umgehen. Das zwang die Gewerkschaften, sich weit mehr als vorher der jugendlichen Berufsgenossen anzunehmen. Eine erhöhte Agitationstätigkeit unter der jungen Arbeiterschaft setzte ein, und vielfach wurden die Lehrlinge in den Tarifverträgen berücksichtigt. Damit ist der Versuch gemacht worden, die jugendliche Arbeiterschaft in die gemeinsame Kampffront des Proletariats wirtschaftlich einzugliedern. Tatsächlich aber sind wir noch weit entfernt von einer solchen gemeinsamen Kampffront. Noch ist es vielfach bei den alten Arbeitern Brauch, auf ihre jungen Arbeitsbrüder mit Geringschätzung herabzusehen. Die Aufgabe der Kommunisten in den Betrieben und in den Gewerkschaften ist es, die Erkenntnis überall zu verbreiten, daß der jugendliche Arbeiter und der Lehrling nicht der Geringschätzung, sondern der tatkräftigen Hilfe und der proletarischen Solidarität seiner erwachsenen Arbeitskollegen bedarf.

Die Verbreitung dieser Erkenntnis ist auch eine hervorragende Aufgabe der kommunistischen Jugend. Sie hat sich vor allem mit den Fragen zu befassen, die sich aus der Herstellung einer gemeinsamen Kampffront der Gesamtarbeiterschaft für die arbeitende Jugend ergeben. Eines der wichtigsten Probleme dabei ist die Gewerkschaftsfrage. Es ist ganz selbstverständlich, daß auch die arbeitende Jugend in vollstem Maße von den Gewerkschaften erfaßt werden muß. Von einigen Gewerkschaften sind bereits Jugendsektionen ins Leben gerufen, die jedoch noch weit entfernt von der Erfüllung der Gegenwartsaufgaben der ausgebeuteten Jugend sind. Sie haben bis heute noch keinen wirtschaftlichen Kampf geführt, sondern sich mit Unterhaltungs- und Bildungsbestrebungen begnügt, sind voll von Standesdünkel und Berufsinteressen und daher in ihrer heutigen Form nicht erfassungsbereichtigt. — Trotz alledem müssen wir den Jugendsektionen unsere Aufmerksamkeit schenken. Wir müssen hinein in die Jugendsektionen, die noch abseits von uns stehenden, indifferenten Lehrlinge für uns gewinnen, müssen den Revolutionierungsprozeß in den Köpfen unserer jugendlichen Mitarbeiter vorwärtstreiben. Dabei steht es nicht im geringsten Zweifel, daß die Jugend in den Verbänden den erwachsenen Mitgliedern völlig gleichberechtigt sein muß. Mehr als die übrigen Arbeiterschichten hat die Jugend unter der kapitalistischen Ausbeutung zu leiden, die sie in der Form des Lehrlingswesens und der niedrigen Lohnsätze für jugendliche Arbeiter ganz besonders stark belastet. Die Perioden der körperlichen Entwicklung bei der jugendlichen Arbeiterschaft, die in die Ausbeutung hineingezwängt wird, machen für sie einen besonderen Schutz erforderlich. In den Jugendschutzbestimmungen hat man früher versucht, diesen Erfordernissen Rechnung zu tragen. Aber waren diese Bestimmungen schon in der Vorkriegszeit völlig unzureichend, so bieten sie gegenwärtig überhaupt keinen Schutz mehr. Die wirtschaftliche Krise mit ihrer Teuerung, die entsetzlichen Wohnverhältnisse und das ganze Elend, das dem kapitalistischen Zusammenbruch entspringt, lastet mit besonderem Druck natürlich auf dem Nachwuchs der Arbeiterklasse, ihren Kindern und der arbeitenden Jugend.

Also gilt es doppelt eifrige Wahrnehmung ihrer Interessen durch die arbeitende Jugend selbst und ihrer erwachsenen Klassengenossen. Die Kommunistische Jugend will hierbei mitum und helfen mit der Parole: Kampf der Jugend um ihre wirtschaftlichen Interessenwahrnehmung in den Gewerkschaften und Betrieben! In den Jugendsektionen: Kampf gegen Bevormundung durch die alten Standesdünkel und Nur-Berufsausbildung, für Gleichberechtigung mit den Alten und Wahrnehmung auch der Jugendinteressen bei all deren Kämpfen gemeinsam mit den Jungen. In den Betrieben: Schaffung von Jugendvertrauensleuten und Erweiterung derselben auf die Betriebsräte zur Vertretung der Jugendinteressen durch sie und die Gesamtarbeiterschaft!

Aus unserer Bewegung.

Ein Wort zu unserer Arbeit!

Obgleich die Genossen in den einzelnen Gruppen ihre ganze Kraft einsetzen, läßt der Erfolg doch zu wünschen übrig. Die Aufgaben unserer Bewegung sind mannigfaltiger Natur und können trotz des Eifers der Genossen nicht alle auf einmal gelöst werden. Wird aber eine Aufgabe zu geeigneter Zeit in Angriff genommen, vorbereitet und energisch durchgeführt, so wird das Ziel durchweg erreicht werden. Persönliche Streitigkeiten müssen in angemessener Weise geschlichtet werden. Dagegen werden solche taktischer oder programmatischer Art in den Mitgliederversammlungen und Konferenzen ausgetragen, wonach sich jedes Mitglied den Beschlüssen zu fügen hat. Nur unter zielsicherer und energischer Leitung kann eine Ortsgruppe gedeihen. Der Tüchtigste gehört auf den ersten Platz.

Auf zur Ostern-[illegible]ation! Plakate, Einladungen zum Elternabend sind bereit, fertiggestellt und für 10 Pf. das Stück von der Bezirksleitung zu beziehen.

Oeffentliche Jugendversammlungen

werden allerorts abgehalten. Wegen Raummangels ist eine genaue Berichterstattung nicht möglich. Durchweg müßten die Versammlungen besser vorbereitet, müßte mehr Agitation getrieben werden. Auch die Eltern und Parteigenossen müssen in Zukunft eingeladen werden. Plakate hält die Bezirksleitung für diesen Zweck bereit und sind gegen einen Betrag von 5 Pf. das Stück zu beziehen.

Die „Junge Garde"

erscheint als Sondernummer für die Schulentlassenen. Mehrbestellungen zur Agitation usw. sollen die Ortsgruppen recht bald mitteilen. Der Verbreitung unserer Zeitung muß in Zukunft größere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Möglichst soll jeder Jugendliche, ob er Mitglied ist oder nicht, die „Junge Garde" lesen. Wir veranstalten deshalb vom 18. bis 20. März eine Agitationswoche zur Verbreitung der „Jungen Garde". Abonnementsscheine liefert die Bezirksleitung rechtzeitig. Jugendgenossen und -genossinnen, beteiligt Euch zahlreich an der Hausagitation.

Die Sitzung des Bezirksausschusses

am 19. Februar beschäftigte sich mit der bekannten Tagesordnung. Zum ersten Punkt wurden alle in Frage kommenden Unterbezirksleiter verpflichtet, einen Flugblattentwurf für die Landarbeiterjugend auszuarbeiten. Berichte und Artikel für die Jugendbeilage müssen in Zukunft pünktlich einlaufen. Eine rege Tätigkeit entfalten die Ortsgruppen in allen Unterbezirken zur Schulentlassung. Fast überall werden Jungendweihen und Elternabende veranstaltet. Die Anstellung eines Jugendsekretärs wurde mit 8 gegen 3 Stimmen beschlossen. Die Entscheidung fällt die auf Anfang April angesetzte ordentliche Bezirkskonferenz. Das Rundschreiben Nr. 4 wurde vom Bezirksausschuß für ungültig erklärt, da es einen Abschnitt enthält, der falsch ausgelegt werden könnte.

Sitzung des Reichsausschusses.

Laut Rundschreiben der Zentrale an die Bezirksleitungen findet am 5. und 6. März in Berlin eine Sitzung des Reichsausschusses statt. Auf der Tagesordnung stehen folgende 10 Punkte: Die politische Lage, Stellung zum Weltkongreß, zur Schulentlassung, gegnerische Jugend, Gewerkschaftsarbeit, Landpropaganda, Kindergruppen, internationale Zusammenkünfte, unsere Zeitschriften, zur Organisation. Wir bitten, Beschlüsse der Ortsgruppen und Unterbezirke oder Anträge schnellstens bei der Bezirksleitung einzureichen.

Zur Kindergruppenarbeit.

Die Zentrale teilt uns mit, daß für den 5. und 6. März in Erfurt ein Lehrkursus über die Arbeit in den Kindergruppen angesetzt ist. Das Lokal wird noch bekanntgegeben. Die Zentrale erwartet, daß aus unserem Bezirk mindestens 4 bis 6 Vertreter, die sich für die Kindergruppenarbeit interessieren, an dem Kursus teilnehmen. Die Fahrkosten für diese Genossen werden von der Zentrale getragen. Wir bitten um baldigste Anmeldung bei der Bezirksleitung.

Reichsjugendtag des Zentralverbandes der Angestellten.

Am Ostersonntag soll auf einem Reichsjugendtag in Eisenach eine Aussprache über wichtige Jugendfragen stattfinden. Alle in Betracht kommenden Genossen und Genossinnen müssen die Delegation übernehmen und dort im Sinne unseres Programms arbeiten. Vorbereitungen sind schon jetzt zu treffen.

Veranstaltungen der Ortsgruppen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis. Kursus. Am Sonnabend, dem 5., und am Sonntag dem 6. März, findet in Halle im Jugendheim, Rathausstraße 16, ein Kreiskursus statt mit folgendem Unterrichtsplan: Sonnabend abend 7 Uhr: Anlegen einer Rede. Sonntag vormittag 8 Uhr: 1. Organisation; 2. Agitation; 3. Schulentlassenenfrage. Jede Ortsgruppe delegiert zu diesem Kursus 2 bis 3 Genossen, die sich besonders für die Arbeit in unserer Bewegung eignen.

Seeben. Zusammenkünfte jeden Donnerstag im bekannten Lokal. Daselbst werden die Sonntagsveranstaltungen bekanntgegeben.

Wettin. Monatsprogramm. Jeden Freitag: Zusammenkunft. Dienstags: Handarbeitsstunde für Mädchen. Am 20. März: Elternabend zur Jugendweihe. Sämtliche Veranstaltungen im „Schweizerling".

Artern. Einen Elternabend veranstaltet hier die Kommunistische Jugend am 5. März. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, Freunde und Gönner sind herzlichst eingeladen.

Sandersdorf. Eine öffentliche Jugendversammlung ist am Sonnabend, dem 12. März, in dem durch Plakat bekanntgegebenen Lokal. Als Referent spricht Genosse Hempel (Halle) über: „Jugend und die neue Zeit".

Teuchern. „Die Notwendigkeit der Kommunistischen Jugend" lautet das Thema für die öffentliche Jugendversammlung am Sonntag, dem 6. März, nachmittags 3 Uhr.

Weißenfels. Das Programm für Monat März ist im Jugendheim zu erfahren.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019210302-17/fragment/page=0008